



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

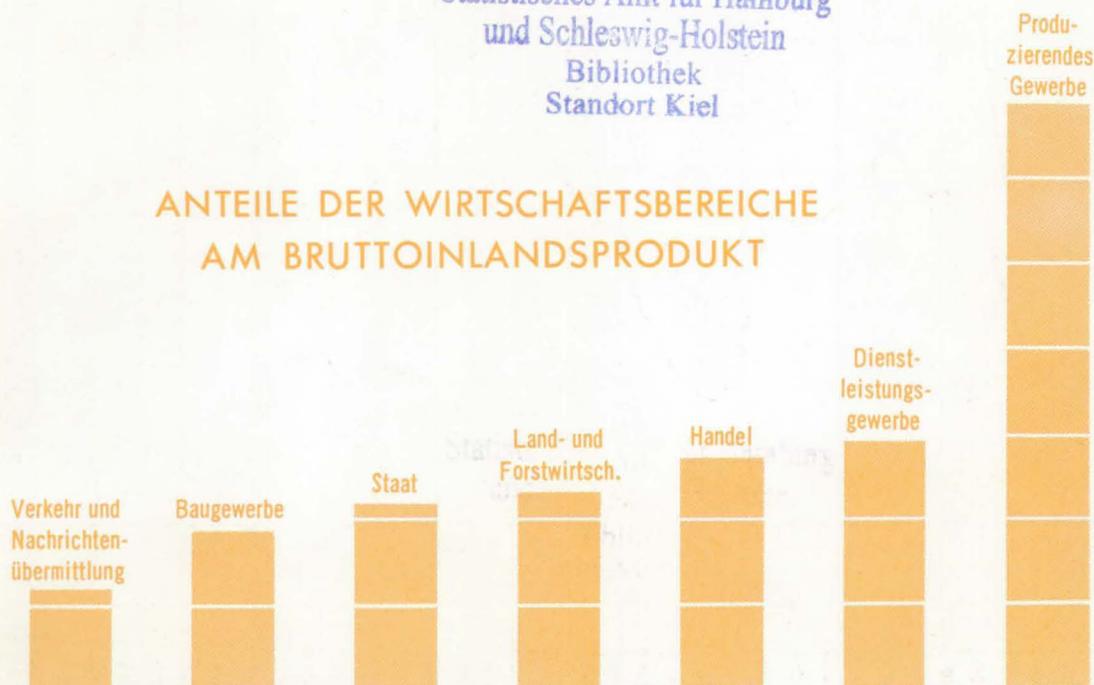
19. Jahrgang · Heft 3

März 1967

Aufsätze: Straßen in Schleswig-Holstein
Personalausgaben 1951 bis 1965
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)
Olfrüchte
Urlaubsausgaben
Finanzen der Krankenkassen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT

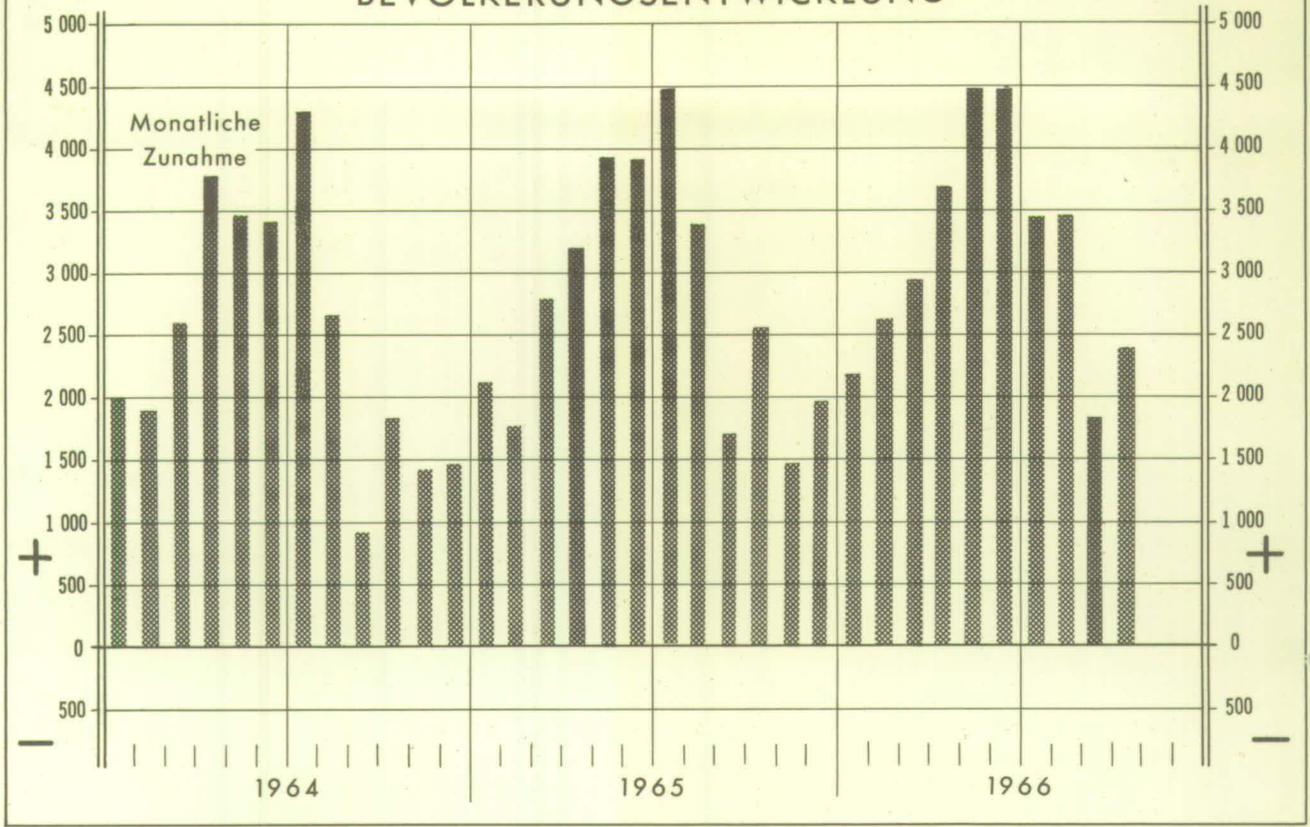


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

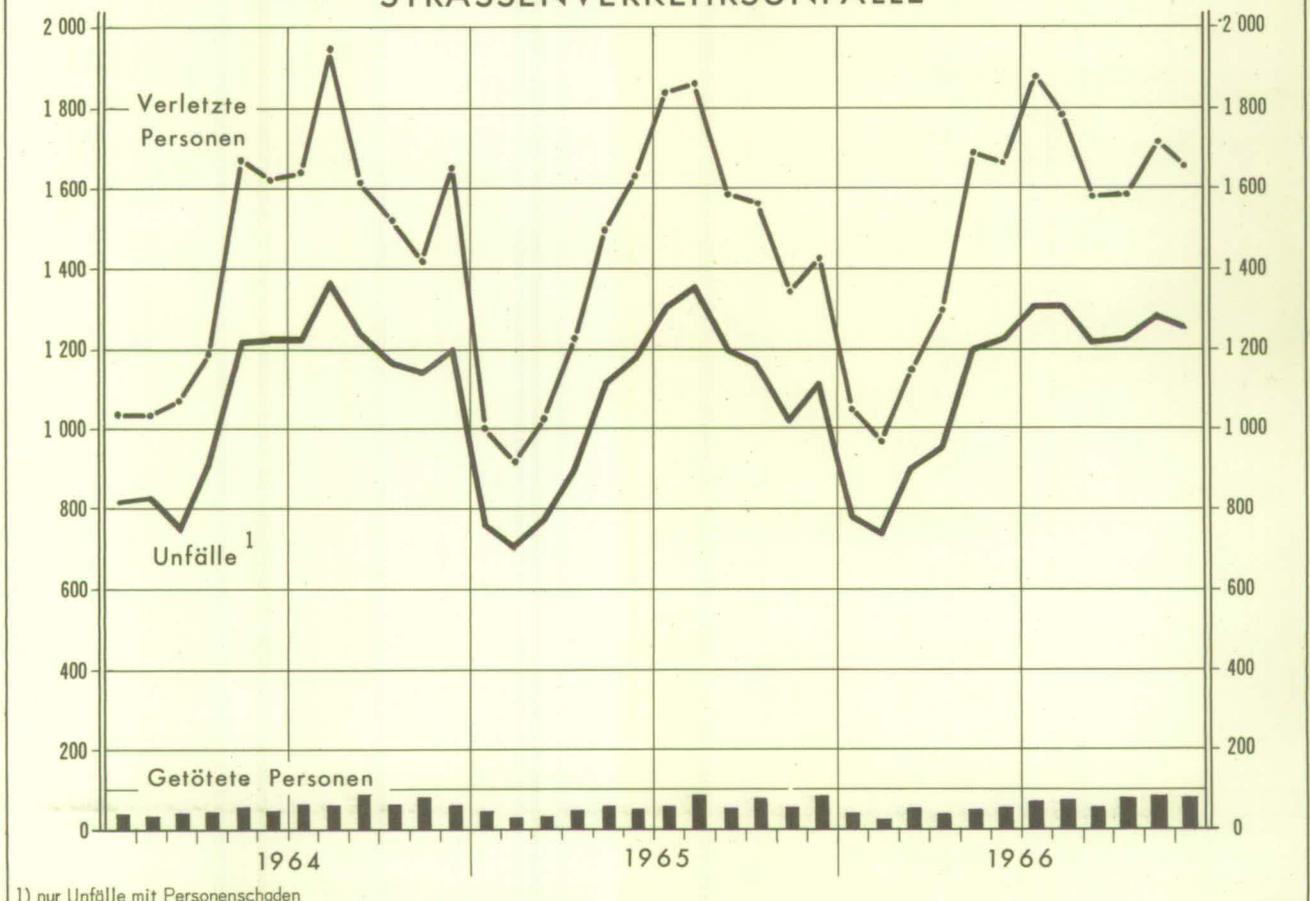
V 6458 E

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 3640

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



1) nur Unfälle mit Personenschaden

INHALT 3/67

	Seite
Aktuelle Auslese	49
Aus dem Inhalt	50
Aufsätze	
Straßen in Schleswig-Holstein	51-55
Personalausgaben des Landes und der Gemeinden 1951 bis 1965	56-59
Die Wohnverhältnisse im Jahre 1965 (2. Teil)	60-63
Anbau und Ernte von Ölfrüchten	63-67
Die Ausgaben für Urlaubs- und Erholungsreisen 1962/63	67-69
Die Finanzen der Krankenkassen 1961 bis 1965	69-72
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A - allgemein - 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1966

Industriezensus 1963 (Betriebe)
Straßenverkehrsunfälle 1965
Spareinlagen 1963 - 1965
Kinderzahl und Lebenshaltung

Heft 11/1966

Industriezensus 1963 (Teil 3)
Feldfruchtanbau 1966
Zahlungsschwierigkeiten
Baulandmarkt 1965
Verdienste
Ausländer 1966
Wechselproteste 1951 - 1965

Heft 12/1966

Die Frau in Wirtschaft und Gesellschaft
Landwirtschaft
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
Krankenhäuser 1965

Heft 1/1967

Verschuldung der Gemeinden
Verbrauch in Bauernhaushalten
Realkreditinstitute
Krankenversicherung
Rentenversicherung

Heft 2/1967

Umsatzstruktur Handwerk
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)
Grenzverkehr 1956 — 1965



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 3

März 1967

Aktuelle Auslese



Mehr Straßenverkehrsunfälle als je zuvor

Im Jahre 1966 ereigneten sich auf den Straßen in Schleswig-Holstein 13 370 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen 717

Personen getötet und rund 18 000 verletzt wurden. Gegenüber 1965 nahm die Zahl der Unfälle um 7 % zu; auch die Zahl der getöteten und verletzten Personen erhöhte sich um je 7 %. Es wurden mehr Unfälle und Verunglückte gezählt als je in einem Jahr zuvor.



Über eine halbe Million Kraftfahrzeuge

Anfang 1967 gab es in Schleswig-Holstein nach den Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes 555 000 zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge, darunter 436 000 Personenkraftwagen. Damit hat sich der Bestand der Kraftfahrzeuge im vergangenen Jahr um 42 000 Fahrzeuge (+ 8 %) erhöht. Im Jahre 1965 hatte die Zunahme 41 000 Fahrzeuge (+ 9 %) betragen.



Hohe Industrieproduktion bei rückläufiger Beschäftigung

Vom Jahreshöchststand Ende August wurden bis Ende 1966 fast 5 400 Beschäftigte in der schleswig-holsteinischen Industrie freigesetzt. Der Rückgang hatte von Monat zu Monat steigende Tendenz. Dennoch lag das durchschnittliche Beschäftigungsniveau im vergangenen Jahr noch etwas (+ 0,2 %) über dem von 1965. Die industrielle Produktion vergrößerte sich 1966 gegenüber 1965 um gut 3 %. Der Industrieumsatz wies in diesem Zeitabschnitt eine Zuwachsrate von 6 % auf.

Im Bundesgebiet lag der Beschäftigtenstand in der Industrie im Jahresdurchschnitt 1966 um fast 1 % unter dem von

1965. Der Zuwachs der industriellen Produktion war mit 1,4 % nur etwa halb so groß wie in Schleswig-Holstein; der Umsatz stieg lediglich um 3,6 %.



Bautätigkeit 1966 leicht zurückgegangen

Im Jahre 1966 wurden in Schleswig-Holstein rund 28 600 Wohnungen fertiggestellt, nur 3 % weniger als 1965. Der Bauüberhang am Ende des Jahres 1966 ist mit rund 35 000 Wohnungen ebenfalls niedriger als Ende 1965 mit rund 37 500 Wohnungen.

Jahr	Fertiggestellte Wohnungen	Bauüberhang an Wohnungen
1966	28 619	35 115
1965	29 363	37 453
1964	29 855	38 101
1963	25 570	37 645
D 1960 - 1962	26 032	32 069

Weitere Freisetzungen im Bauhauptgewerbe

Das Bauhauptgewerbe hat auf die abgeschwächte Baukonjunktur mit weiteren Freisetzungen von Beschäftigten reagiert. In Schleswig-Holstein wurden von Juni bis Dezember 1966 mehr als 6 000 Arbeitskräfte oder jeder zehnte Beschäftigte im Bauhauptgewerbe entlassen. Im Januar 1967 ist mit einem weiteren Rückgang von etwa 3 000 Beschäftigten zu rechnen. Trotz rückläufiger Beschäftigtenzahl blieb die Arbeitsleistung im zweiten Halbjahr 1966 - allerdings begünstigt durch mildes Wetter - bemerkenswert hoch. Der Umsatz hat 1966 gegenüber 1965 um 5 % zugenommen (1965 gegenüber 1964 : + 3 %).

Aus dem Inhalt

Straßen in Schleswig-Holstein

Seite 51

Anfang 1966 gab es in Schleswig-Holstein 24 200 km öffentliche Straßen, und zwar 8 400 km klassifizierte Straßen, 15 500 km Gemeindestraßen und 300 km Privatstraßen. Von den klassifizierten Straßen sind 1 600 km Ortsdurchfahrten und von den Gemeindestraßen 5 900 km Innerortsstraßen, so daß 16 300 km Straßen auf freie Strecken entfallen. Das sind gut zwei Drittel des gesamten Netzes: Die meisten Straßen hat der Kreis Rendsburg mit fast 2 100 km. Von den klassifizierten Straßen sind 65 km Autobahn und 1 800 km Bundesstraßen. Innerhalb der 5 Jahre seit 1961 ist die Länge der klassifizierten Straßen um 1 100 km gewachsen. Das ist in erster Linie durch Aufstufung von Gemeindestraßen in klassifizierte Straßen erfolgt. Von 15 500 km Gemeindestraßen sind rund zwei Fünftel Innerortsstraßen. Von den Außerortsstraßen verbindet fast die Hälfte Gemeindekerne mit ihren Ortsteilen.

Personalausgaben 1951-1965

Seite 56

Die öffentlichen Haushalte Schleswig-Holsteins mußten 1965 über 1,15 Mrd. DM für Personalausgaben aufwenden. Die Aktivitätsbezüge haben mit 950 Mill. DM die Milliarden-grenze fast erreicht. Hinzu kommen 203 Mill. DM Versorgungsleistung. Von den Gesamtausgaben des Landes und der Gemeinden beanspruchten die Personalausgaben 1965 33 %. Dieser Anteil hat 1951 36 % betragen. Bei einer Aufgliederung der Personalaufwendungen auf die einzelnen Aufgabenbereiche stellt man fest, daß das Bildungswesen mit drei Zehnteln aller Aktivitätsbezüge an erster Stelle steht. Von den 1,15 Mrd. DM Personalausgaben entfielen 1965 41 % auf Beamte, 28 % auf Angestellte, 10 % auf Arbeiter und 18 % auf Versorgungsempfänger. 1964 lag Schleswig-Holstein bei den gesamten Personalausgaben – je Einwohner gerechnet – um knapp 8 % über dem Bundesdurchschnitt.

Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)

Seite 60

Von 726 000 durch die Wohnungsstichprobe 1965 in Schleswig-Holstein erfaßten Wohnungen hatten etwa 710 000 eine voll ausgebaute Küche. 16 000 Wohnungen sind nur mit einer Kochnische ausgestattet. 92 % aller Küchen oder Kochnischen waren mit einer eigenen Wasserzapfstelle ausgestattet und mehr als die Hälfte haben einen Gasherd. Von den erfaßten Wohnungen sind 446 000 Mietwohnungen. Im September 1965 wurden 71 % dieser Wohnungen (einschl. der mietfreien) für weniger als monatlich 100 DM Miete abgegeben. Mieten von mehr als 150 DM monatlich wurden nur in 11 % aller Mietwohnungen ermittelt. Wohnungen in Gebäuden, die vor 1949 errichtet wurden, werden überwiegend zu verhältnismäßig niedrigen Mieten abgegeben. Über drei Viertel von ihnen wurden im September 1965 zu einem monatlichen Quadratmeterpreis von weniger als 1,60 DM vermietet. Von Neubauwohnungen wurden dagegen nur 39 % zu diesem günstigen Preis vermietet. In Neubauten betrug die monatliche Miete je Quadratmeter-Wohnfläche über 1,60 DM.

Ölfrüchte

Seite 63

Verknappung und Verteuerung der Arbeitskräfte oder auch höhere Lohnansprüche haben besonders in den größeren Betrieben zur Einschränkung des arbeitsaufwendigen Hackfruchtbaus und zur Verstärkung des arbeitsextensiven Getreidebaus geführt. Die Forderung nach Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit im Interesse nachhaltig hoher Erträge läßt es aber nicht zu, Jahr für Jahr ausschließlich Getreide anzubauen. Hier übernimmt der Raps als Blattfrucht die Rolle der Hackfrüchte innerhalb der Fruchtfolge. 1965 wurden in Schleswig-Holstein 27 600 ha Raps angebaut und 1966 26 500 ha. Damit hat Schleswig-Holstein einen Anteil an der Anbaufläche im Bundesgebiet von mehr als 50 %.

Sowohl 1949 als auch 1960 betrug der Anteil von Raps und Rüben an der Ackerfläche Schleswig-Holsteins rund 2 %. In der gleichen Zeit konzentrierte sich der Rapsanbau auf größere Betriebe. Von den Betrieben mit 100 ha LN mit Ackerland bauten 1960 bereits zwei Drittel Raps an, von den Betrieben zwischen 50 und 100 ha LN ein Viertel, von den kleineren Betrieben nur verschwindend kleine Anteile. Gleichzeitig mit der Konzentration auf Großbetriebe hat sich der Schwerpunkt des Rapsanbaus während der vergangenen 15 Jahre noch stärker in das Hügelland, vor allem nach Ostholstein, verlagert.

Urlaubsausgaben

Seite 67

In der Zeit von Juni 1962 bis Mai 1963 haben im Schnitt rund drei Zehntel aller Haushalte in der Bundesrepublik Urlaubs- und Erholungsreisen unternommen. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zeigen eindeutig, daß die Reiseintensität mit steigendem Einkommen zunimmt. Am größten war die Intensität der Urlaubs- und Erholungsreisen bei den Arbeitnehmerhaushalten. Dies gilt für die Haushalte aller Einkommensgruppen. Am seltensten hatten die Haushalte selbständiger Landwirte Urlaubsreisen aufzuweisen. Die Untersuchungen bei den Arbeitnehmerhaushalten haben ferner gezeigt, daß die Reiseintensität um so geringer wird, je größer der Haushalt ist. Die Haushalte, die in dem Jahr von Juni 1962 bis Mai 1963 Urlaubs- und Erholungsreisen unternahmen, haben für diese Reisen im Durchschnitt je Haushalt 688 DM ausgegeben.

Finanzen der Krankenkassen

Seite 69

Die Gesamteinnahmen der landesunmittelbaren Krankenkassen beliefen sich 1961 auf 269 Mill. DM und 1965 auf 386 Mill. DM. Dabei stammten 1965 96 % der Einnahmen aus Beitragszahlungen. Die Gesamtausgaben sind von 1961 bis 1965 von 265 Mill. DM auf 389 Mill. DM gestiegen. In jedem Berichtsjahr entfielen 94 % bis 95 % aller Ausgaben auf Leistungsaufwendungen. Erstmals 1965 blieben die Einnahmen hinter den Ausgaben um 2,4 Mill. DM zurück.

Straßen in Schleswig-Holstein

Das gesamte Netz der öffentlichen Straßen setzt sich aus zwei Gruppen zusammen: Den sogenannten klassifizierten Straßen, deren Baulast Bund, Land und Kreise tragen, und den Gemeindestraßen, die durch die Gemeinden unterhalten werden. Während der Bestand der klassifizierten Straßen jährlich ermittelt wird, werden die Gemeindestraßen nur alle fünf Jahre gezählt. Die letzte derartige Zählung fand mit dem Stichtag vom 1. Januar 1966 statt. Es ist also möglich, für diesen Zeitpunkt das gesamte Straßennetz Schleswig-Holsteins zu betrachten.

Damals gab es 8 400 km klassifizierte Straßen und 15 500 km Gemeindestraßen. Der Vollständigkeit halber sind noch 300 km öffentliche Privatstraßen zu erwähnen, so daß sich insgesamt 24 200 km ergaben. Hierbei sind die Ortsdurchfahrten grundsätzlich zu den klassifizierten Straßen gezählt worden, auch wenn sie sich in der Baulast der Gemeinden befinden. Es sind dies jetzt nur noch 226 km, die von Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern unterhalten werden. Von den klassifizierten Straßen sind 1 600 km Ortsdurchfahrten und von den Gemeindestraßen 5 900 km Innerortsstraßen, so daß 16 300 km Straßen auf freie Strecken entfallen. Das sind gut zwei Drittel des gesamten Netzes.

Die meisten Straßen hat der Kreis Rendsburg mit fast 2 100 km. Weniger als 1 000 km sind es nur in drei Kreisen, in Eiderstedt mit knapp 500 km am wenigsten. Unter den kreisfreien Städten hat Neumünster mit 160 km das kleinste Straßennetz. Im Durchschnitt des Landes sind etwa zwei Drittel der öffentlichen Straßen Gemeindestraßen. In den einzelnen Kreisen ergaben sich aber bemerkenswerte Unterschiede der Anteile. Im ganzen sind die klassifizierten Straßen etwas gleichmäßiger auf die Kreise verteilt. In Eiderstedt machen sie fast die Hälfte des Bestandes aus. Aber auch in Husum und beiden Dithmarschen ist der Anteil nicht viel kleiner. In den Kreisen Pinneberg, Plön und Oldenburg sind nur ein Viertel des Straßennetzes klassifizierte Straßen.

Ein Vergleich nur der absoluten Längen hinkt jedoch, da in jedem Kreis die Dinge anders liegen. Man muß also schon Relativzahlen bilden. Hier bieten sich die Straßendichte (km Straße je 100 qkm Fläche) und die Beziehung auf die Einwohnerzahl (km Straße je 10.000 Einwohner) an. Beide Zahlen stehen über die Bevölkerungsdichte in folgendem Zusammenhang:

$$\frac{\text{km}}{\text{Einwohner}} \cdot \frac{\text{Einwohner}}{\text{qkm}} = \frac{\text{km}}{\text{qkm}}$$

Öffentliche Straßen nach Kreisen in km

KREISFREIE STADT Kreis	Klassifizierte Straßen		Gemeindestraßen		Privatstraßen	Öffentliche Straßen insgesamt		
	insgesamt	darunter Ortsdurchfahrten	insgesamt	darunter Innerortsstraßen		Länge	je 10 000 Einw.	je 100 qkm
FLENSBURG	49	33	127	120	6	182	19	366
KIEL	70	61	302	290	22	393	15	481
LÜBECK	107	63	438	364	8	553	23	273
NEUMÜNSTER	31	26	123	115	6	159	21	450
Eckernförde	372	38	730	166	17	1 119	160	144
Eiderstedt	213	20	269	41	2	484	248	143
Eutin	346	84	563	192	14	922	99	164
Flensburg-Land	620	86	990	250	9	1 618	232	171
Hzgt. Lauenburg	658	139	989	438	29	1 675	121	132
Husum	512	92	667	241	7	1 185	182	139
Norderdithmarschen	342	67	455	185	5	802	135	133
Oldenburg (Holstein)	288	33	870	247	25	1 184	141	141
Pinneberg	331	102	1 036	567	68	1 434	58	207
Plön	422	43	1 285	367	32	1 740	151	147
Rendsburg	623	93	1 432	492	23	2 078	127	138
Schleswig	516	85	1 112	285	10	1 638	165	155
Segeberg	786	134	1 051	316	18	1 855	176	143
Steinburg	539	100	698	319	5	1 242	99	133
Stormarn	561	131	811	425	5	1 377	85	174
Süderdithmarschen	452	81	567	222	3	1 022	139	132
Südtondern	544	87	968	291	18	1 530	228	178
Insgesamt	8 381	1 597	15 480	5 934	332	24 193	99	155

Straßenlänge je Einwohner mal Bevölkerungsdichte ergibt also die Flächendichte der Straßen.

Die Tabelle zeigt, daß die Flächendichte der Landkreise recht ausgeglichen ist. Sie streut nur noch im Verhältnis 1 : 1,6 gegenüber 1 : 4 bei den absoluten Längen. Die kleinste Flächendichte haben Süderdithmarschen und das Hzgt. Lauenburg, die größte Pinneberg. In den kreisfreien Städten liegt die Flächendichte natürlich wegen der zahlreichen Innerortsstraßen wesentlich höher. Da die Bevölkerungsdichte der Kreise im Verhältnis 1 : 6 streut, ist es nach obiger Formel klar, daß die Straßenlänge je Einwohner stärker streuen wird als die Straßendichte. Das tut sie auch im Verhältnis 1 : 4. Dabei sind die Extremfälle Eiderstedt und Pinneberg auch die Extremfälle der Bevölkerungsdichte. Die Streuung dieser Zahlenreihe, die ja der Quotient aus Straßendichte und Bevölkerungsdichte ist, wird mehr durch diese als durch jene beeinflusst. Sie sagt im Gegensatz zur Straßendichte nicht etwas über die Erschließung des Landes, sondern etwas über die finanzielle Belastung der Bevölkerung.

Klassifizierte Straßen in km

Straßenklasse	Gesamtlänge	darunter			
		mit leichten Decken ¹	mit Oberflächenbehandlung ¹	mit Radwegen	Ortsdurchfahrten
Bundesautobahn	65	—	—	—	—
Bundesstraßen	1 809	4	211	622	376
Landesstraßen	3 723	63	1 074	405	744
Kreisstraßen	2 783	84	393	62	477
Insgesamt	8 381	151	1 678	1 089	1 597

1) ohne fremde Straßenteile und Ortsdurchfahrten in der Baulast der Gemeinden

Von den klassifizierten Straßen sind 65 km Autobahn und 1 800 km Bundesstraßen. Von Landesstraßen gibt es 3 700 km und von Kreisstraßen 2 800 km. Diese Straßen sind keineswegs restlos auf einem modernen Stand. 150 km besitzen nur eine leichte Decke, die durch Kies und Sand ohne spezielle Bindemittel gebildet wird. Diese Decken sind für Kraftfahrzeugverkehr nicht geeignet, da besonders bei Trockenheit die Saugwirkung der Reifen die Decke auflockert und schließlich zerstört. Der Anteil dieser Decken ist allerdings gering. Einen erheblichen Teil, nämlich ein Fünftel, machen dagegen die leichten Decken aus, die zusätzlich eine Oberflächenbehandlung erhalten haben. Hier ist eine bis 1,5 cm starke Schutzschicht aus Teer oder Bitumen aufgebracht, die das Eindringen von Wasser und das Auflockern der Bindung verhindern soll. Der leichte Unterbau ist aber starken Belastungen nicht gewachsen, so daß die Schutzschicht angegriffen wer-

den kann. Wird sie dadurch undicht, so besteht die Gefahr von Frostaufbrüchen. Ein erheblicher Teil der Straßen bedarf noch eines gründlichen Ausbaues, um neuzeitlichen Ansprüchen zu genügen. Dieser Anteil ist bei den Landesstraßen mit 30% besonders groß.

Während die Länge der Autobahnen sich seit über 30 Jahren praktisch nicht geändert hat, ist der Radwegebau in den letzten Jahren erheblich gefördert worden. Dies hängt nicht mit der geringen Größe des Landes zusammen, sondern dient der Sicherheit des Verkehrs. Über ein Drittel der Bundesstraßen wird von einem besonderen Radweg begleitet. Auch für gut ein Zehntel der Länge der Landesstraßen trifft dies zu. Insgesamt gibt es 1 100 km Radwege. Wenn 1965 nur noch 400 Radfahrer außerhalb von Ortschaften verunglückten, so ist dies allerdings nicht nur dem Radwegebau, sondern auch dem starken Rückgang des Fahrradverkehrs zuzuschreiben.

Als besondere Gefahrenpunkte des Verkehrs gelten schienengleiche Kreuzungen mit der Eisenbahn. Hiervon gibt es noch 398 in Schleswig-Holstein. Davon liegen 99 im Zuge von Bundesstraßen, 179 auf Landes- und 120 auf Kreisstraßen. Demgegenüber gibt es 66 schienenfreie Kreuzungen, von denen allein 25 auf Bundesstraßen liegen. Das Problem des sich kreuzenden Verkehrs ist hier also in einem Maße entschärft worden, wie es für Straßenkreuzungen noch lange nicht erreicht werden kann.

Innerhalb der fünf Jahre seit 1961 ist die Länge der klassifizierten Straßen um 1 100 km gewachsen. Das ist in erster Linie durch Aufstufung von Gemeindestraßen in klassifizierte Straßen erfolgt. Innerhalb der klassifizierten Straßen ist dann auch weiter aufgestuft worden. So nahmen die Kreisstraßen um 500 km, die Landesstraßen um 400 km und die Bundesstraßen um 200 km zu. Einige Straßen wurden auch zu Gemeindestraßen abgestuft, so zum Beispiel, wenn der Bau einer Umgehungsstraße eine klassifizierte Straße aus einem Ort herauslegte. Das eigentliche Bauergebnis ist in diesen Umstufungen nicht zu sehen. Es zeigt sich aber darin, daß 1961 noch 550 km leichte Decken und 2 210 km Oberflächenschutzschichten vorhanden waren. Diese 2 760 km, die neuzeitlichen Ansprüchen nicht genügen, wurden trotz Vergrößerung des Netzes auf 1 830 km eingeschränkt.

Die Radwege wurden von 725 km um die Hälfte vermehrt. Auch die schienenfreien Bahnkreuzungen stiegen von 55 auf 66, während die schienengleichen durch die Erweiterung des Netzes sich von 369 auf 398 vermehrten. Der Ausbau der Straßen durch Begradigungen und Verbreiterungen ist in der Statistik nicht zu erkennen.

Gemeindestraßen nach Straßenarten und Deckenarten in km

Straßenart	Gemeindestraßen insgesamt	davon mit					
		einfach befestigter Fahrbahn	wasser-gebundener Decke	Oberflächenschutzschicht	bituminösen Belägen	Pflasterdecke	sonstiger Decke
Innerortsstraßen	5 934	865	499	570	3 275	624	101
Außerortsstraßen	9 546	3 299	1 283	810	3 925	68	162
davon							
Verbindungsstraßen zu klassifizierten Straßen	2 475	640	371	223	1 182	27	32
Verbindungsstraßen zwischen Gemeinden und Ortsteilen	4 220	1 484	468	411	1 775	31	50
Wirtschaftswege	1 724	604	317	105	630	4	64
Sonstige Außerortsstraßen	1 127	571	127	71	338	6	14
Gemeindestraßen insgesamt	15 480	4 164	1 781	1 379	7 201	692	263

Von den 15 500 km Gemeindestraßen sind rund zwei Fünftel Innerortsstraßen. Von den Außerortsstraßen verbindet fast die Hälfte Gemeindekerne mit ihren Ortsteilen. Rund 2 500 km sind Straßen, die die Gemeinden an klassifizierte Straßen anschließen. Weitere 1 700 km sind Wirtschaftswege, auf denen zwar auch öffentlicher Kraftfahrzeugverkehr läuft, die aber in erster Linie der Erschließung der an ihnen gelegenen landwirtschaftlichen Grundstücke dienen. Damit sind keineswegs alle Wirtschaftswege erfasst, sondern alle, die nicht befestigt sind, und diejenigen unter den befestigten, die nicht vom öffentlichen Kraftfahr-

zeugverkehr genutzt werden, sind hier fortgelassen.

Es ist verständlich, daß die Gemeindestraßen entsprechend ihrer geringeren Bedeutung schlechter ausgebaut sind als die klassifizierte Straßen. Fast zwei Fünftel haben nur eine leichte Decke, der größte Teil hiervon nur eine einfach befestigte Fahrbahn, in die also Kies oder Schlacke eingewalzt ist. Diese Straßen sind im Grund nicht für Kraftfahrzeugverkehr geeignet. Aber auch die 1 400 km, die eine Oberflächenschutzschicht besitzen, können nicht auf die Dauer für schweren Lastverkehr benutzt werden. Immerhin die Hälfte der Stra-

Gemeindestraßen nach Kreisen und Deckenarten in km

KREISFREIE STADT Kreis	Gemeindestraßen insgesamt	davon mit						Anteil der leichten ¹ Decken in %
		einfach befestigter Fahrbahn	wasser-gebundener Decke	Oberflächenschutzschicht	bituminösen Belägen	Pflasterdecke	sonstiger Decke	
FLENSBURG	127	3	10	31	53	30	1	10
KIEL	302	16	20	13	125	125	3	12
LÜBECK	438	39	26	22	291	58	2	15
NEUMÜNSTER	123	34	3	16	46	24	1	30
Eckernförde	730	267	133	47	257	14	12	55
Eiderstedt	268	45	102	2	106	8	7	55
Eutin	563	226	48	2	276	10	0	49
Flensburg-Land	990	225	167	98	491	2	7	40
Hzgt. Lauenburg	989	419	62	70	330	77	30	49
Husum	667	50	127	46	423	12	9	27
Norderdithmarschen	455	84	97	64	179	24	6	40
Oldenburg (Holstein)	870	196	73	115	460	19	6	31
Pinneberg	1 036	195	92	31	623	61	34	28
Plön	1 285	598	169	154	330	31	3	60
Rendsburg	1 432	396	94	93	814	23	11	34
Schleswig	1 112	447	184	152	302	26	2	57
Segeberg	1 051	318	56	112	545	18	1	36
Steinburg	698	120	43	85	317	31	103	23
Stormarn	811	277	78	32	338	82	3	44
Süderdithmarschen	567	113	53	82	287	14	18	29
Südtondern	968	96	145	112	607	3	5	25
Insgesamt	15 480	4 164	1 781	1 379	7 201	692	263	38

1) einfach befestigt und wassergebunden

ßenlänge hat aber eine Decke, die allen Anforderungen genügt.

Der Anteil der leichten Decken ohne Schutzschicht beträgt im Durchschnitt des Landes 38%. In einigen Kreisen beträgt er nur etwa ein Viertel, so in Steinburg (23%), Südtondern (25%) und Husum (27%). Steinburg und Husum haben eine unterdurchschnittliche Flächendichte des Straßennetzes, so daß hier ein Ausgleich durch besseren Ausbau erfolgt ist. Das ist aber keineswegs die Regel. Den größten Anteil an leichten Decken haben Plön (60%) und Schleswig (57%), die beide zwar ein großes Netz, aber nur eine durchschnittliche Flächendichte haben. Die Oberflächenschutzschichten, die im Landesdurchschnitt 9% ausmachen, verteilen sich ähnlich wie die leichten Decken. Faßt man beide Gruppen zusammen, so haben Pinneberg und Husum den besten, Schleswig und Plön den schlechtesten Ausbauzustand.

Der Vergleich mit der Erhebung vom 1. Januar 1961 zeigt, daß im Ausbau erhebliche Arbeit geleistet worden ist. Das gesamte Netz umfaßte damals 14 900 km. Hiervon sind 1 100 km zu klassifizierten Straßen aufgestuft worden, 90 km kamen durch Herabstufung in die Baulast der Gemeinden. Völlig neugebaut wurden 1 600 km. Sie sind überdurchschnittlich gut hergestellt worden, denn nur gut ein Viertel besitzt eine leichte Decke mit oder ohne Oberflächenschutzschicht. Bei einem Viertel aller Straßen wurde die Decke verstärkt. 3 400 km leichte Decken wurden verbessert. Auch 100 km altes Kopfsteinpflaster verschwanden. Durch diese Umbauten entstanden 500 km Oberflächenschutzschicht und 3 100 km Schwarzdecken. Von 1961 auf 1966 sind insgesamt die leichten Decken ohne Schutzschicht von 9 400 km auf 5 900 km gesunken, während gleichzeitig die Teppichbeläge und mittelschweren bituminösen Beläge von 3 300 km auf 6 800 km anstiegen. Die Änderungen in den anderen Deckenarten schlagen nicht sonderlich zu Buche.

An der Neubauleistung waren die Kreise in sehr unterschiedlichem Maße beteiligt. Über 100 km bauten Pinneberg (240 km), Südtondern (230 km) und Husum (140 km). Die kleinste Leistung hatten Eutin mit 27 km und Plön mit 34 km, wenn man von den kreisfreien Städten absieht. Auch die Umbauleistung streut sehr. Sie geht von 54 km für Eiderstedt und 110 km für Norderdithmarschen bis zu 360 km für Flensburg-Land und 490 km für Rendsburg.

Nächst der Decke ist die Breite der Straße ein wichtiges Kriterium für ihre Brauchbarkeit. Die Breite erhält noch dadurch ihre besondere Bedeutung, daß sie wesentlich schwerer zu verbessern ist. Der Aufwand, der nötig ist, um hier eine günstigere Lage zu schaffen, ist erheblich größer als bei einer Verstärkung der Decke. Es ist deshalb wichtig zu wissen, daß über die Hälfte aller Gemeindestraßen weniger als 4 m breit ist. Diese Breite gestattet nur Personenwagen eine mühelose Begegnung. Lastwagen auf diesen Straßen erschweren das Begegnen und Überholen. Von den Innerortsstraßen hat nur ein gutes Drittel diese geringe Breite, doch muß man hier berücksichtigen, daß der ruhende Verkehr oft die Fahrbahn zusätzlich einschränkt. Die Außerortsstraßen sind zu sieben Zehnteln ihrer Länge so schmal, daß sich der Verkehr auf ihnen nicht frei entwickeln kann. Nicht einmal ein Siebentel der ganzen Straßenlänge ist über 5 m breit. Diese breiten Straßen sind fast alle Innerortsstraßen. Nur 300 km liegen außerhalb, also nur 3% der Außerortsstraßen sind über 5 m breit.

Im allgemeinen haben die schmalen Straßen auch die schlechteren Decken, doch ist das nicht immer der Fall. Von den Innerortsstraßen haben 23% eine leichte Decke ohne Schutzschicht. 36% der Straßenlänge ist weniger als 4 m breit. Wenn auch häufig beides zusammenfällt, so haben doch 48% der Innerortsstraßen den einen oder den anderen Mangel. Bei den Außerortsstraßen sieht es noch schlechter aus.

Gemeindestraßen nach Straßenarten und Fahrbahnbreite in km

Straßenart	Gemeindestraßen insgesamt	davon mit einer Fahrbahnbreite von				
		weniger als 4 m	4 m bis unter 5 m	5 m bis unter 6 m	6 m bis unter 7 m	7 m und mehr
Innerortsstraßen	5 934	2 141	1 984	1 080	484	245
Außerortsstraßen	9 546	6 694	2 543	243	48	17
davon						
Verbindungsstraßen zu klassifizierten Straßen	2 475	1 628	741	82	19	6
Verbindungsstraßen zwischen Gemeinden und Ortsteilen	4 220	2 838	1 231	120	26	4
Wirtschaftswege	1 724	1 443	275	5	1	1
sonstige Außerortsstraßen	1 127	786	296	36	2	7
Gemeindestraßen insgesamt	15 480	8 836	4 528	1 323	532	262

48% haben leichte Decken, 70% sind keine 4 m breit. Insgesamt haben aber 85% wenigstens einen dieser Mängel. Ein Vergleich mit 1961 läßt sich leider nicht führen, da damals die Breitenklassen anders abgegrenzt waren.

Um eine ungefähre Vorstellung über die Höhe der Investitionen und der Unterhaltskosten des Straßennetzes zu bekommen, muß man auch wissen, wieviele Brücken es gibt. Zum Stichtage sind die Brücken im Zuge von Gemeindestraßen erfragt worden. Hierbei sind Brücken unter 2 m Spannweite fortgelassen worden, die Tragfähigkeit wurde nur bei Brücken ab 10 m Spannweite festgestellt. Es ergab sich die stattliche Zahl von über 900 Brücken, von denen allerdings aber die Hälfte weniger als 5 m lang sind. Immerhin gibt es aber 142 Brücken, die über 10 m lang sind. Zum Teil haben sie auch eine erhebliche Tragfähigkeit. Jedenfalls erfordert die Unterhaltung aller dieser Brücken laufend nicht geringe Hausmittel.

Brücken im Zuge von Gemeindestraßen
nach Tragfähigkeitsklassen und Spannweite

Spannweite	Brücken insgesamt	davon in Tragfähigkeitsklasse ¹				
		12	16-24	30	45	60
2 m bis unter 5 m	504
5 m " " 10 m	286
10 m " " 20 m	99	57	19	10	7	6
20 m " " 30 m	25	7	3	5	5	5
30 m und mehr	18	2	3	4	5	4
Insgesamt	932	66	25	19	17	15

1) nur Brücken mit einer Spannweite von 10 m und mehr

Es ist oben schon angesprochen worden, daß der ruhende Verkehr den Bewegungsraum des fließenden Verkehrs einengt. Man muß also bemüht sein, parkende Fahrzeuge von der Fahrbahn auf Parkplätze zu verweisen. Um zu erkennen, wieweit diese Bemühungen gediehen sind, sind in der Erhebung auch die Parkeinrichtungen in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern erfragt. Das gesamte Parkraumproblem wird dadurch nicht erhellt, da es nicht nur darauf ankommt, möglichst viele Stellplätze zu haben, sondern sie sollen auch noch da sein, wo sie gebraucht werden. Die Zahlen gaben

Stellplätze auf öffentlichen Parkeinrichtungen
in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern

Gemeinde	Stell- plätze insges.	darunter auf				
		Park- plätzen	Park- streifen	Park- spuren	zeitweilig verfü- baren Plätzen	Geh- wegen
Kiel	10 590	2 188	1 053	215	1 430	5 319
Lübeck	13 658	2 333	6 085	80	2 858	1 052
Flensburg	2 398	1 036	50	198	55	1 059
Neumünster	2 673	848	1 072	88	150	515
Elmshorn	1 095	313	560	67	155	-
Itzehoe	1 519	1 026	275	68	119	31
Rendsburg	2 027	351	1 200	34	442	-
Pinneberg	1 755	1 547	29	179	-	-
Schleswig	1 598	477	298	153	670	-
Wedel (Holst.)	848	355	397	-	96	-
Husum	1 170	607	92	87	235	149
Ahrensburg	755	283	147	37	288	-
Geesthacht	755	396	249	-	110	-
Eckernförde	660	396	264	-	-	-
Heide	1 223	153	91	-	600	379

aber doch einen guten Überblick. So sieht man in der Tabelle zum Beispiel, daß Lübeck sehr viel mehr Platz auf Parkstreifen hat als Kiel, also auf Flächen, die am Rande der Fahrbahnen die Aufstellung schräg oder quer zum Verkehrsfluß gestatten. Kiel muß dies durch Aufstellung auf Parkspuren, also auf der Fahrbahn in Längsrichtung, oder auf Gehwegen ausgleichen. Auch für Flensburg gilt das Entsprechende, während Neumünster dagegen besser daran ist.

Um die Städte untereinander vergleichen zu können, muß man Relativzahlen bilden. Die Zahl der Stellplätze je km Innerortsstraße schwankt dabei von 11 bis 38, und zwar stehen dabei Kiel und Lübeck an der Spitze, während Ahrensburg hinter Elmshorn den Schluß bildet. Rechnet man die Stellplätze je 1 000 Einwohner, so streut die Zahl von 25 bis 59. Hier liegt Heide vor Lübeck und Rendsburg am Anfang, während Flensburg noch hinter Wedel die Reihe beendet. Im Einzelnen zeigt sich, daß die Ordnung in beiden Reihen recht verschieden ist. Es werden also dadurch zwei andere Aspekte des Problems dargeboten.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Die klassifizierte Straßen" und "Gemeindestraßen in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 248 (August) bzw. 1963, S. 205 (Juli)

Personalausgaben des Landes und der Gemeinden 1951 bis 1965

Die Personalausgaben bestehen aus den

Aktivitätsbezügen:

Bezüge der im unmittelbaren Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und ständigen Arbeiter.

und den Versorgungsleistungen:

Ruhegehälter, Wartegelder, Witwen- und Waisengelder, die das Land oder die Gemeinden unmittelbar an die Empfangsberechtigten zahlen oder als Beiträge an die Versorgungsausgleichskasse abführen.

Die Versorgungsleistungen werden nicht bei den Aufgabebereichen, sondern zentral bei "Allgemeine Finanzen" nachgewiesen.

Außer den eigentlichen Bezügen (Grundgehalt, Orts- und Kinderzuschlag) gibt es im wesentlichen noch nachstehende Personalausgaben: Weihnachtzuwendungen, Beihilfen, Trennungsschädigungen, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung für Angestellte und Arbeiter sowie Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Kräfte, Abgeordnete und Gemeindevertreter.

Zu den Personalausgaben gehören nicht Reise- und Umzugskosten.

Soweit im Text der Begriff "Personalausgaben" verwendet wird, sind Aktivitätsbezüge und Versorgungsleistungen zusammengefaßt.

Die öffentlichen Haushalte Schleswig-Holsteins mußten 1965 über 1,15 Mrd. DM für Personalausgaben aufwenden. Die Aktivitätsbezüge haben mit 950 Mill. DM die Milliardengrenze fast erreicht. Hinzu kommen 203 Mill. DM Versorgungsleistungen.

Die Entwicklung der Personalausgaben steht Jahr für Jahr im Mittelpunkt der Haushaltsberatungen. Die öffentliche Verwaltung macht erhebliche Anstrengungen, um durch Rationalisierung und Automatisierung die Zuwachsraten der Personalaufwendungen möglichst gering zu halten. Nicht zuletzt durch den Einsatz modernster elektronischer Datenverarbeitungsmaschinen werden sich in absehbarer Zeit die ersten Erfolge abzeichnen.

Wohl betrachtet der Bürger kritisch die Höhe der Personalaufwendungen in den Aufgabenbereichen der reinen Verwaltung (oberste Staatsorgane, innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben, Finanzverwaltung u. a.). Andererseits erwartet er aber verstärkte Leistungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Rechtsschutzes, der Polizei sowie im Sozial- und Gesundheitswesen. Berücksichtigt werden muß aber, daß die Vorbereitung und Durchfüh-

Gesamte Ausgaben¹ und Personalausgaben
des Landes und der Gemeinden

Jahr	Gesamte Ausgaben		Personalausgaben		Anteil (Sp. 1) in %
	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1951 in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber 1951 in %	
1951	929	—	336	—	36
1955	1 328	+ 43	478	+ 42	36
1961	2 384	+ 157	790	+ 135	33
1965	3 481	+ 275	1 152	+ 243	33

1) Unmittelbare Ausgaben und Zahlungen an Gebietskörperschaften anderer Ebenen

Die Wirkung neuer Gesetze meist personalintensiv wirken.

Nach dem Rechnungsergebnis 1965 betragen die Gesamtausgaben des Landes und der Gemeinden 3,5 Mrd. DM. Seit 1951 haben sie sich um 275% erhöht. An dem Wachstum der öffentlichen Haushalte Schleswig-Holsteins sind auch die Personalausgaben beteiligt. Während ihr Anteil 1951 und 1955 36% ausmachte, lag er 1961 und 1965 mit einem Drittel etwas niedriger. Die Aktivitätsbezüge beanspruchten 1965 nur 27,3% der gesamten Ausgaben. Die Zuwachsrate der Aufwendungen für das Personal (einschl. Versorgungsempfänger) erhöhte sich seit 1951 um 243%. Während die Personalaufwendungen im Laufe des Rechnungsjahres 1964 um 9% zunahmen, machte die Zuwachsrate 1965 13% aus.

Die Aufwendungen für Angestellte und Arbeiter, die für einmalige oder wiederkehrende, zeitlich aber begrenzte Aufgaben eingestellt wurden, sind in den Personalausgaben nicht enthalten. Diese Aufwendungen beliefen sich 1965 beim Land auf 44 Mill. DM. Davon sind 20 Mill. DM Angestelltenvergütungen und 24 Mill. DM Arbeiterlöhne. Außerdem wurden die Personalausgaben der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen — ohne eigene Rechtspersönlichkeit — in Höhe von 89 Mill. DM nicht einbezogen, da sie nicht aus den Einnahmen der Gemeinden finanziert werden.

Personalausgaben des Landes und der Gemeinden nach der Art
— Millionen DM —

	1963	1964	1965
Beamtenbezüge	389	418	474
Angestelltenvergütungen	262	291	323
Arbeiterlöhne	97	107	120
Sonstige Personalausgaben	24	27	32
Aktivitätsbezüge zusammen	772	843	950
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	+ 9	+ 9	+ 13
Versorgung	162	176	203
Insgesamt	934	1 019	1 152

Der Anteil des Landes an den Personalausgaben macht zwei Drittel oder 758 Mill. DM aus. Die Gemeinden und Gemeindeverbände weisen in den Haushaltsrechnungen 394 Mill. DM nach. Hinzu kommen hier allerdings für 1965 reichlich 25 Mill. DM Schulbeiträge zur Mitfinanzierung der Besoldung der Lehrkräfte für kommunale allgemein- und berufsbildende Schulen, deren Personalkosten vom Land getragen werden.

Wird der Anteil der Personalausgaben an den jeweiligen Gesamtausgaben des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften gemessen, so ergeben sich für die beiden Ebenen deutliche Unterschiede:

Jahr	Land	Gemeinden
1951	30,1 %	27,8 %
1956	31,1 %	26,1 %
1965	34,5 %	21,2 %
1966 ¹	36,8 %	22,0 %

1) Land: Haushaltsansatz; Gemeinden: geschätzt

Mit dem Bundesgebiet (Länder ohne Stadtstaaten) kann dieser Anteil nur für 1963 verglichen werden; er betrug dort damals 29,7% und in Schleswig-Holstein 30,9%. Auch die Gemeinden Schleswig-Holsteins lagen 1963 mit ihrem Anteil (21%) um 1 Punkt höher als sämtliche Gemeinden des Bundesgebietes.

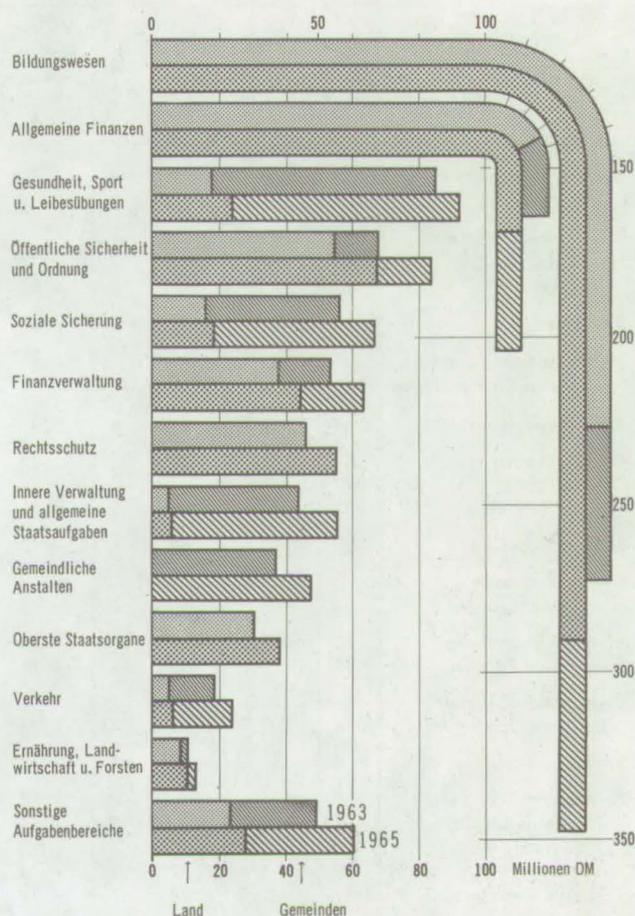
Interessant dürfte sein, daß zur Finanzierung der Personalaufwendungen im Landeshaushalt im Rechnungsjahr 1956 fast 69% und für die Personalausgaben der Gemeinden 67% der allgemeinen Deckungsmittel benötigt würden. Während 1965 der entsprechende Finanzierungsanteil beim Land unverändert blieb, beanspruchten die Personalausgaben bei den kommunalen Gebietskörperschaften in diesem Jahr nur 59%. Die Ursache liegt aber nicht in einer Verringerung der Personalausgaben, sondern in einer höheren Zuwachsrate der allgemeinen Deckungsmittel. Letztere stiegen beim Land seit 1956 um 119% und bei den Gemeinden um 136%.

Aufgabenbereiche

Für verstärkte Aufwendungen in Aufgabenbereichen, die verbesserte Leistungen für die Allgemeinheit bringen, kann mit der Zustimmung auch des kritischen Steuerzahlers gerechnet werden. Zu diesen Bereichen gehören: Polizei, Rechtsschutz, Bildungswesen, soziale Sicherung, Gesundheit, Sport, gemeindliche Anstalten und Einrichtungen. Sie beanspruchten 1965 fast 700 Mill. DM oder sechs Zehntel der Aktivitätsbezüge. Werden die Versorgungsbezüge der Lehrkräfte und der Polizei hinzu-

0 - 3770

Personalausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände 1963/1965



gerechnet, so erhöht sich der Aufwand für diese Bereiche um 124 Mill. DM auf 824 Mill. DM. Dann beträgt ihr Anteil an allen Personalausgaben sogar 72%.

Eine Betrachtung der Aufgabenbereiche in der nachstehenden Tabelle zeigt, daß die Personalaufwendungen des Landes und der Gemeinden für das Bildungswesen (Schulen, Universität, Universitätsklinik, Bibliotheken, Theater u. a.) mit drei Zehnteln der Aktivitätsbezüge an erster Stelle stehen. Sie verstärkten sich noch seit 1964 um 16%. Auch die Zuwachsraten der Polizei (14%) und des Rechtsschutzes (13%) sind nicht unerheblich.

Hinzu kommen noch Aufwendungen für Aufgabenbereiche mit vorwiegend wirtschaftlichem Charakter: Förderung des Wohnungsbaues, Verkehr, Ernährung, Land- und Forstwirtschaft und Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Für Aktivitätsbezüge dieser Aufgabenbereiche wurden 1965 insgesamt 40 Mill. DM aufgewendet.

Die einzelnen Aufgabenbereiche haben für die Personalausgaben beim Land und den Gemeinden

Personalausgaben des Landes und der Gemeinden
1965 nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Land	Ge- meinden	Zusammen		
	Mill. DM		Anteil in %	Verän- derung gegenüber 1964 in %	
Oberste Staatsorgane Ministerien	38	-	38	3	+ 15
Öffentliche Sicherheit und Ordnung Polizei	68	16	84	7	+ 14
Rechtsschutz	67	-	67	6	+ 14
Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben	55	-	55	5	+ 13
Finanzverwaltung	6	50	55	5	+ 15
Bildungswesen	45	19	64	6	+ 13
Unterricht	291	57	348	30	+ 16
Wissenschaft	238	40	277	24	+ 16
Soziale Sicherung	52	0	53	5	+ 16
Gesundheit, Sport und Leibesübungen	19	48	67	6	+ 12
Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten	24	69	93	8	- 3
Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen	11	2	13	1	+ 17
Verkehr	-	47	47	4	+ 13
Allgemeine Finanzen	6	18	24	2	+ 17
Polizeiversorgung	169	35	205	18	+ 15
Versorgung der Lehrkräfte	27	0	27	2	+ 11
Übrige Versorgung	92	6	97	8	+ 18
Sonstige Aufgabenbereiche	51	27	78	7	+ 14
Insgesamt	28	32	60	5	+ 13
	758	394	1 152	100	+ 13

entsprechend der unterschiedlichen Aufgabenteilung ein sehr verschiedenes Gewicht. Die Finanzierung der Gehälter für die Polizei und den Rechtsschutz ist ausschließlich Angelegenheit des Landes. Ferner finanziert das Land 84% oder 291 Mill. DM der Gehälter (überwiegend Lehrkräfte) des Bildungswesens. Die Gemeinden tragen vollständig die Personalausgaben ihrer "öffentlichen Einrichtungen" (Stadtentwässerung, Feuerwehr, Müllabfuhr, Marktwesen, Park- und Gartenanlagen u. a.). Weitere erhebliche Kosten verzeichnen die kommunalen Gebietskörperschaften bei den Aufgabenbereichen Gesundheit (Krankenhäuser) mit 74% sowie bei der sozialen Sicherung (Einrichtungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe) mit 72%.

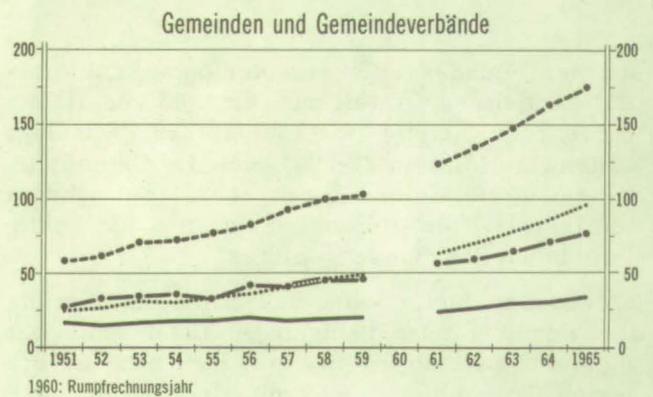
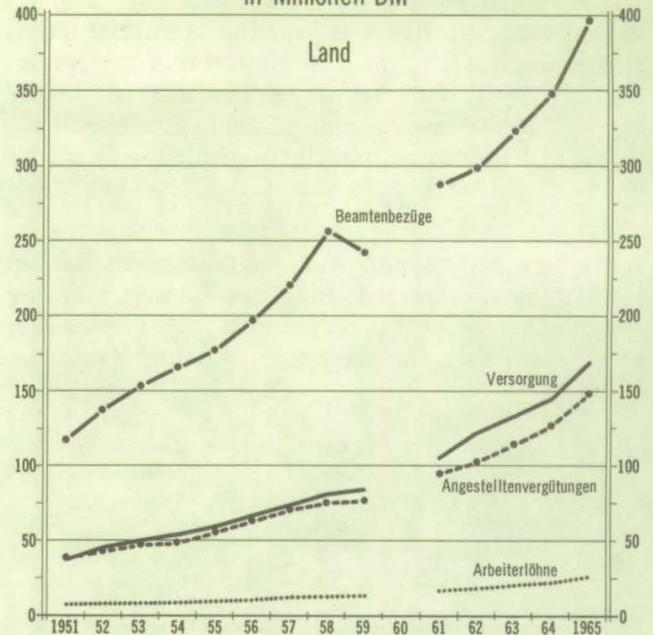
Ausgabearten

Von den insgesamt 1,15 Mrd. DM nachgewiesenen Personalausgaben entfielen 1965 475

D - 3771

Personalausgaben nach Arten

in Millionen DM



Mill. DM (41%) auf Beamte, 324 Mill. DM (28%) auf Angestellte, 120 Mill. DM (10%) auf Arbeiter und 203 Mill. DM (18%) auf Versorgungsempfänger. Die sonstigen Personalausgaben beanspruchten 32 Mill. DM (3%).

Die einzelnen Personalausgaben verteilen sich beim Land und den Gemeinden und Gemeindeverbänden sehr unterschiedlich. Mit 84% hat das Land 1965 durch seine vorwiegend hoheitlichen Aufgaben (Kultur, Gerichte, Polizei, Finanzverwaltung u. a.) einen hohen Anteil an den Beamtenbezügen; bei den Angestelltenvergütungen überwiegen dagegen mit 54% die Gemeinden. Das ergibt sich aus der erheblichen Anzahl von Angestellten, die im Sozial- und Gesundheitsdienst der Gemeinden tätig sind. Die Gemeinden haben mit 79% auch den höchsten Anteil an den Arbeiterlöhnen. Dies ist auf die hohe Zahl der Lohnempfänger in den gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen zurückzuführen.

Die nachstehenden Veränderungen in der Höhe der Gehälter bis 1965 zeigen, daß sich die Per-

	Veränderung 1965 gegenüber	
	1951	1961
	in %	
Beamtenbezüge	+ 227,5	+ 37,6
Angestelltenvergütungen	+ 232,4	+ 48,3
Arbeiterlöhne	+ 283,4	+ 53,4
Versorgung	+ 274,4	+ 56,6

sonalaufwendungen der Gebietskörperschaften reichlich verdoppelt oder fast verdreifacht haben.

Die Entwicklung der Personalausgaben ist in fast gleichem Ausmaß sowohl von der Erhöhung der Zahl der Bediensteten als auch von den Besoldungsgesetzen und Tarifverträgen abhängig.

Vergleich zum Länderdurchschnitt

Die funktionell gegliederten Aufgabenbereiche erlauben auch einen Vergleich der Aktivitätsbezüge im Bundesgebiet. Voraussetzung ist allerdings, daß die Aufwendungen des Landes und der Gemeinden zusammengefaßt werden, da die Aufgabenverteilung zwischen der staatlichen und kommunalen Ebene in den einzelnen Ländern verschieden ist.

Umgerechnet auf DM-je-Einwohner-Beträge liegt Schleswig-Holstein 1964 bei den gesamten Personalausgaben nur knapp über dem Länderdurchschnitt (+ 7,7%). Aber selbst diese gerin-

Personalaufwand¹ der Länder und Gemeinden.
1964 nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Flächen-	darunter.	
	länder	Schleswig-Holstein	
	DM je	DM je	in % zum
	Einw.	Einw.	Länder-
			durch-
			schnitt
Oberste Staatsorgane ² , innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben	31	34	+ 9,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	29	31	+ 7,3
Rechtsschutz	20	20	+ 1,5
Finanzverwaltung	25	24	- 5,7
Bildungswesen	111	126	+ 12,7
Soziale Sicherung, Gesundheit, Sport und Leibesübungen	50	65	+ 30,4
Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen	19	17	- 9,6
Übrige Aufgabenbereiche	43	36	- 14,7
Zusammen	327	352	+ 7,7

1) ohne Versorgung 2) einschl. Ministerien

ge Abweichung vom Durchschnitt sagt nicht etwa aus, daß in Schleswig-Holstein "teurer" verwaltet wird als in den anderen Flächenländern. Vielmehr zeigt eine genauere Untersuchung der beiden großen Personalposten "Bildungswesen" sowie "Soziale Sicherung, Gesundheit, Sport und Leibesübungen", daß strukturelle Unterschiede eine Rolle spielen. So dürften im Bildungswesen (+ 12,7%) die erhöhten Aufwendungen u. a. darauf zurückzuführen sein, daß es in Schleswig-Holstein ein 9. Schuljahr für Volksschulen gibt, daß das Realschulsystem vorbildlich ausgebaut ist und es verhältnismäßig wenige private Schulen gibt. Die höheren Aufwendungen im Aufgabenbereich "Soziale Sicherung, Gesundheit, Sport und Leibesübungen" (+ 30,4%) ergeben sich fast ausschließlich bei den Personalkosten der Krankenanstalten. Während in Schleswig-Holstein das Land und die Gemeinden die Träger der Krankenanstalten sind, gibt es in den anderen Ländern des Bundesgebietes eine Vielzahl von privaten Krankenanstalten. An diesen sind die Länder nur mit Zuschüssen beteiligt, die nicht unter den Personalausgaben ausgewiesen werden. Während diese Unterschiede nicht meßbar und damit auch nicht ausschaltbar sind, lassen sich andere beseitigen. So werden in einigen Ländern bestimmte Aufgaben den Regierungsbezirken übertragen und ihre Aufwendungen dem Bereich "Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben" zugeordnet. Diese Aufwendungen werden in Schleswig-Holstein bei "Oberste Staatsorgane" ausgewiesen, da es in Schleswig-Holstein keine Regierungsbezirke gibt. Bei einem Vergleich ist es daher notwendig, die Aufgabenbereiche "Oberste Staatsorgane" und "Innere Verwaltung" zusammenzufassen.

Entsprechend dieser Zuordnung beträgt die Belastung Schleswig-Holsteins bei diesen Aufgabenbereichen 34 DM je Einwohner, während sie für den Länderdurchschnitt 31 DM je Einwohner ausmacht.

Regionale Vergleiche auf Grund von Relativzahlen - insbesondere auf den Einwohner umgerechnete Zahlen - lassen nicht ohne weiteres Schlußfolgerungen zu, da die geografische Lage, Bevölkerungsunterschiede und solche der Wirtschaftsstruktur die Einwohnerbeträge beeinflussen.

Peter Hübsch

Vergleiche auch: "Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden 1964 und ihre Entwicklung seit 1961" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 652 (Oktober)

Die Wohnverhältnisse im Jahre 1965

Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe

2. Teil

Mit diesem Aufsatz wird die Veröffentlichung von Ergebnissen aus der Wohnungsstichprobe vom Herbst 1965 fortgesetzt und abgeschlossen. Bereits im Februar dieses Jahres war in den Statistischen Monatsheften über die Zählung berichtet worden. Außerdem wird auf erste vorläufige Ergebnisse über die Wohnungswünsche in Schleswig-Holstein im April-Heft 1966 der Statistischen Monatshefte hingewiesen.

Ausstattung der Küchen

Von den 726 000 durch die Wohnungsstichprobe erfaßten Wohnungen¹ in unserem Lande haben etwa 710 000 eine vollausgebaute Küche. 16 000 Wohnungen (2%) sind nur mit einer Kochnische ausgestattet, d. h. die Kochgelegenheit ist in einer zu einem Wohnraum gehörenden Nische untergebracht. Die Kochnischen wurden fast ausschließlich in Mietwohnungen angetroffen; in den Eigentümerwohnungen sind sie sehr selten.

Für den Gebrauchswert einer Küche ist hauptsächlich die Art der Kochgelegenheit und die Ausstattung mit einer Wasserzapfstelle von Bedeutung. Als Zapfstelle galt jeder Anschluß an das Netz der öffentlichen Wasserversorgung oder an eine eigene Versorgungsanlage, sofern das Wasser in der Küche oder Kochnische durch einen Hahn entnommen wurde. 92% aller Küchen oder Kochnischen waren mit einer eigenen Zapfstelle ausgestattet. 8% der Wohnungen - das sind etwa 58 000 - haben in der Küche keinen Wasseranschluß; ihre Bewohner sind entweder auf eine Pumpe innerhalb oder außerhalb der Wohnung angewiesen, oder sie haben einen Wasseranschluß außerhalb der Küche, z. B. auf dem Flur, von wo das Wasser in die Küche hereingetragen werden muß. Küchen ohne Wasserhahn sind in Eigentümerwohnungen relativ häufiger anzutreffen als in Mietwohnungen. Dies ist auf die vielen ländlichen Eigentümerwohnungen in alten Gebäuden zurückzuführen, in denen die Umstellung auf eine moderne Wasserversorgung nur allmählich vonstatten geht. Der Fortschritt in der Verbesserung der Ausstattung innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Erhebung ist jedoch nicht zu verkennen. Nach den Ergebnissen der Stichprobe aus dem Jahre 1960 wurden noch 20% aller Wohnungen, das waren 116 000, ohne

1) Diese Zahl liegt niedriger als der fortgeschriebene Wohnungsbestand, weil die Stichprobe aus einem Auswahlmaterial von Anfang 1965 gezogen werden mußte und Antwortausfälle nicht immer ausgeglichen werden konnten; ferner siehe bezüglich Wohngelegenheiten Fußnote 3 des ersten Teils der Veröffentlichung in Stat. Monatsh. S.-H., 1967, S. 40 (Februar)

Wohnungen nach Ausstattung der Küchen oder Kochnischen

Ausstattung der Küche oder Kochnische	Alle Wohnungen		Mietwohnungen		Eigentümerwohnungen	
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%
mit Elektroherd ¹	298	41	151	34	147	52
darunter außerdem mit Kohleherd	143	20	60	13	83	30
mit Gasherd ²	367	51	261	59	106	38
darunter außerdem mit Kohleherd	167	23	111	25	57	20
mit Kohleherd allein	61	8	33	7	28	10
Zusammen	726	100	446	100	280	100
davon						
Küchen oder Kochnischen mit Wasserzapfstelle	668	92	417	94	251	90
ohne Wasserzapfstelle	58	8	29	7	29	10

1) ggf. zusätzlich Gas-, Kohle- oder Ölherd

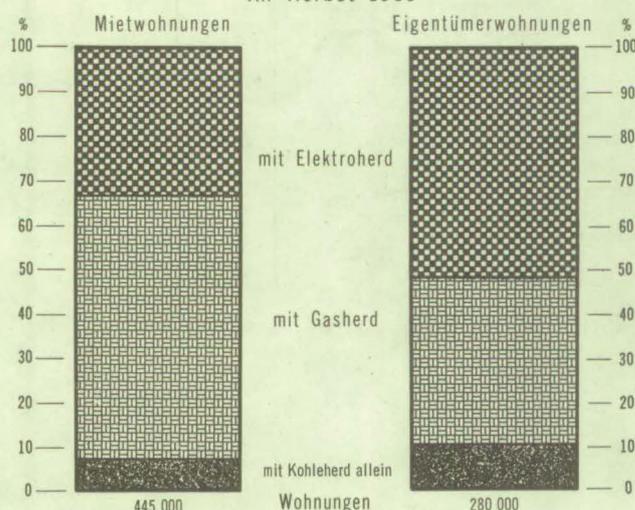
2) ggf. zusätzlich Kohle- oder Ölherd

Wasserhahn in der Küche angetroffen. Ihre Zahl hat also von 1960 - 1965 um 58 000 abgenommen; das entspricht einem Rückgang auf die Hälfte.

Unter den Kochgelegenheiten ist der Gasherd in den schleswig-holsteinischen Wohnungen am weitesten verbreitet. Mehr als die Hälfte aller Küchen oder Kochnischen, nämlich 51%, waren mit einem Gasherd ausgestattet. Elektroherde wurden in 41% aller Wohnungen ermittelt, und ein Kohleherd allein wurde noch in 61 000 Wohnungen (8%) festgestellt. Die Gasherde sind

0 - 3766

Die Kochgelegenheiten in den schleswig-holsteinischen Wohnungen im Herbst 1965



weitgehend vom Anschluß an ein öffentliches Versorgungsnetz abhängig. Da die Mietwohnungen sich häufig in Ballungsgebieten der Städte befinden, die über ein öffentliches Versorgungsnetz verfügen, sind in ihnen relativ mehr Gasherde aufgestellt als in den vielen ländlichen Eigentümerwohnungen. Die eigene Gasversorgung (z. B. mit einer Gasflasche) hat sich offensichtlich auf dem Lande gegenüber dem Elektroherd nicht durchsetzen können.

Außerdem werden in letzter Zeit auch Eigentümerwohnungen in den Städten recht häufig mit Elektroherden ausgerüstet. Die Kosten für den Gasanschluß werden hierdurch eingespart. In den Eigentümerwohnungen ist aus diesen Gründen der Elektroherd die am häufigsten anzutreffende Kochgelegenheit.

Vonden 664 000 Küchen mit Gas- oder Elektroherd sind 310 000 (47%) außerdem noch mit einem Kohleherd ausgerüstet. Diese Kohleherde dürften in erster Linie wohl als Beistellherde zum Beheizen der Küchen im Winter gedacht sein oder als Kochgelegenheit für Notfälle in Zeiten, in denen Gas oder Elektrizität nicht zur Verfügung stehen. Teilweise sind sie auch zugleich Heizkessel für die wohnungseigene Zentralheizung.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Wohnungsstichprobe 1960 haben die Wohnungen mit Kohleherd allein um 38 000 abgenommen. Ihr Anteil am gesamten Wohnungsbestand ist von 17 auf 8% zurückgegangen. Elektroherd und Gasherde haben ihren Anteil ausweiten können, und zwar am stärksten der Elektroherd. Mit ihm waren 1960 nur 34% aller Wohnungen ausgerüstet, 1965 jedoch 41%. Die entsprechenden Zahlen für die Gasherde lauten 49% und 51%.

Mieten

Als "Miete" im Sinne der Wohnungsstichprobe ist die Miete abzüglich aller Nebenkosten (z. B. Betrieb der Zentralheizung, Garagenmiete, Warmwasserversorgung), aber zuzüglich aller Nebenleistungen (z. B. auf die Mieter umgelegtes Wassergeld, Kanalisationsgebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigung) zu verstehen. Wurde für die Wohnung vom Mieter ein abwohnbarer Baukostenzuschuß gezahlt und war die Miete aus diesem Grunde ermäßigt, so war der Ermäßigungsbetrag nicht mit einzubeziehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß infolge dieser etwas schwierigen Berechnungsmethode das Ergebnis über die Mieten einige Unschärfen enthält. Da die Höhe der Nebenleistungen und Nebenkosten aber im Verhältnis zur Miete meistens niedrig ist, dürften diese Unschärfen das Ergebnis nur unwesentlich beeinflussen.

Um den Aussagewert der Zahlen richtig beurteilen zu können, seien noch einige Erläuterun-

gen hierzu gegeben. Es handelt sich bei den Angaben in der folgenden Tabelle um Mietpreise aus dem Monat September 1965. Sie stammen also aus einer Zeit, in der die Wohnraumbewirtschaftung in Schleswig-Holstein noch in weiterem Umfange galt als heute. Mit ihrer weitgehenden Aufhebung im Jahre 1966 dürften sich die Mieten seit dem Erhebungsstichtag der Zählung insbesondere in Altbauwohnungen nicht unwesentlich erhöht haben. Die Besetzung in den einzelnen Größenklassen der Tabelle wird sich nach oben hin verschoben haben. - Nur 61% aller Wohnungen in unserem Lande sind Mietwohnungen. In diesem Abschnitt wird daher nichts über die Belastung der Haushalte in den 39% Eigentümerwohnungen gesagt; es ist wahrscheinlich, daß die Lasten für Eigentümerwohnungen im Durchschnitt erheblich höher liegen als die Mieten.

Die Aufgliederung der 446 000 Mietwohnungen nach der Höhe der monatlichen Miete überrascht insofern, als die erhobenen Mieten im Vergleich zu den in den Großstädten zur Zeit üblichen Neubaumieten erstaunlich niedrig sind. 71% aller Wohnungen (einschl. der mietfreien) wurden für weniger als monatlich 100 DM Miete abgegeben, darunter 12% für unter 40 DM und 38% zu einem Preis von 40 - 80 DM monatlich. 34 000 Wohnungen, das sind 8%, wurden sogar mietfrei abgegeben. Hierbei wird es sich hauptsächlich um Wohnungen für Verwandte handeln, z. B. für die Altenteiler in einem Bauernhaus oder die Eltern in einer Einliegerwohnung im Einfamilienhaus ihrer Kinder. Mieten von mehr als 150 DM monatlich wurden nur in 11% aller Wohnungen ermittelt.

Regionalergebnisse können aus der Wohnungsstichprobe leider nicht gewonnen werden. Es ist deshalb unmöglich, die wahrscheinlich erheblichen Unterschiede in den Ballungsgebieten und auf dem Lande getrennt zu untersuchen. Die hier dargestellten Zahlen sind also Mittelwerte für den Landesdurchschnitt. Je nach örtlicher Lage werden im Einzelfalle die Mietverhältnisse mehr oder weniger hiervon abweichen. In den ländlichen Gebieten sind die Mieten niedriger, in den Großstädten liegen sie höher.

Mit der in den bewohnten Wohnungen erhobenen Miete ist nichts über die Wohnungen gesagt, die den Wohnungssuchenden auf dem Markt angeboten werden. Es ist eine Tatsache, daß insbesondere in Ballungsräumen nur die Wohnungen der oberen Mietpreisgruppen frei angeboten werden, während für die übrigen ein offener Markt nicht besteht. Billige Wohnungen sind in der Regel für den wohnungssuchenden "Normalverbraucher" nur unter Schwierigkeiten verfügbar.

Die Unterteilung der Mietwohnungen nach ihrer Raumzahl zeigt eine nicht allzu starke Abhän-

Monatliche Miete in DM	Mietwohnungen			davon mit			
	in 1 000	%	% kumu- liert	1 - 3 Räumen ¹		4 und mehr Räumen ¹	
				in 1 000	%	in 1 000	%
mietfrei	34	8	8	17	8	16	7
unter 40	53	12	20	40	19	13	5
40 - 60	85	19	39	62	30	23	9
60 - 80	84	19	58	47	23	38	16
80 - 100	57	13	71	19	10	37	15
100 - 120	37	8	79	(8)	(4)	29	12
120 - 150	45	10	89	(6)	(3)	39	16
150 - 200	29	7	96	.	.	26	11
200 - 250	12	3	99	.	.	11	5
250 und mehr	(9)	(2)	100	.	.	(9)	(4)
Insgesamt	446	100	.	204	100	242	100

1) nur Wohnräume mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen ohne Rücksicht auf die Größe

gigkeit zwischen Miethöhe und Zahl der Räume. Grundsätzlich steigt der Anteil der großen Wohnungen mit zunehmender Miete, jedoch auch in den unteren Mietpreisgruppen gibt es eine erhebliche Anzahl von Wohnungen mit vier und mehr Räumen. Hierunter werden sich fast ausschließlich Altbauwohnungen befinden. Zum anderen sind auch Fälle erhoben worden, in denen für Wohnungen mit drei und weniger Räumen mehr als 250 DM Miete pro Monat gezahlt wurden. Diese Fälle sind zwar sehr selten, aber ihre Existenz ist durch die Erhebung erwiesen. Es dürfte sich hierbei ausschließlich um freifinanzierte Neubauwohnungen handeln.

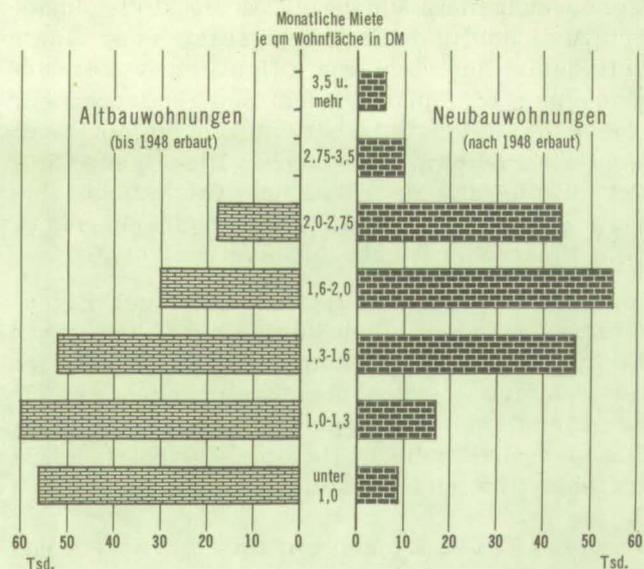
Zwischen der Miethöhe und dem Baualter der Gebäude, in denen die Mietwohnungen gelegen sind, lassen sich ebenfalls bestimmte Zusammenhänge feststellen. Mit dem Baualter der Gebäude hängt zu einem gewissen Grad, wie oben bereits berichtet, auch die Ausstattung der Wohnungen (Bad u. ä.) eng zusammen. Wohnungen in Gebäuden, die vor 1949 errichtet

Mietwohnungen¹ nach qm-Miete und Baualter
- in 1 000 -

Monatliche Miete je qm Wohnfläche in DM	Mietwohnungen	davon in Gebäuden, die errichtet wurden	
		bis 1948	nach 1948
unter 1,00	65	56	(9)
1,00 - 1,30	77	60	17
1,30 - 1,60	99	52	47
1,60 - 2,00	84	30	55
2,00 - 2,75	62	18	44
2,75 - 3,50	14	.	(10)
3,50 und mehr	(9)	.	(6)
Insgesamt	410	223	188

1) nur Mietwohnungen mit Mietangabe

Mietwohnungen mit Mietangabe



wurden, werden überwiegend zu verhältnismäßig niedrigen Mieten abgegeben. Über drei Viertel von ihnen (76%) wurden zu einem monatlichen Quadratmeterpreis von weniger als 1,60 DM vermietet. Von den Neubauwohnungen (nach 1949 erbaut) wurden dagegen nur 39% zu diesem günstigen Preis vermietet. In Neubauten betrug die monatliche Miete je qm Wohnfläche überwiegend über 1,60 DM pro Monat. Die stärkste Besetzung unter den Altbauwohnungen fällt in die Mietpreisgrößenklasse von 1,00 bis 1,30 DM je qm, unter den Neubauwohnungen in die Klasse von 1,60 DM bis 2,00 DM.

Im Rahmen der Wohnungsstichprobe 1965 sind die Auskunftspflichtigen auch nach dem Ausmaß der Mieterhöhungen für ihre Wohnungen zwischen dem 1. 11. 1963 und dem September 1965 befragt worden. Hierbei waren nur "echte" Mieterhöhungen gemäß der obengenannten Definition anzugeben. Erhöhungen infolge von gestiegenen Nebenkosten sollten unberücksichtigt bleiben. Das Ergebnis der Zählung ist in diesem Punkte abhängig von der Aufhebung der Mietpreisbindung insbesondere für Altbauwohnungen. Die Aufhebung des Preisstops in den einzelnen Kreisen Schleswig-Holsteins war zur Zeit der Befragung noch im Gange. Die Angaben über die Mieterhöhungen werden daher wegen der starken Verzerrungen nicht veröffentlicht. Ihre Aussagen wären nur richtig zu beurteilen, wenn Regionalergebnisse vorlägen und die Erhöhungen in Verbindung mit der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung in den einzelnen Kreisen untersucht werden könnten.

Abstellmöglichkeiten für Personenkraftwagen

Von 854 000 Haushalten in Schleswig-Holstein unterhielten im September 1965 298 000 einen

privaten Personenkraftwagen. Hierunter waren 19 000 (7%) sogar mit zwei oder mehr Pkw ausgerüstet. Daraus ergibt sich ein Bestand von insgesamt schätzungsweise 325 000 Pkw in Privathaushalten. Die Differenz zur Zahl der zugelassenen Personenkraftwagen ergibt sich daraus, daß gewerblich genutzte Fahrzeuge von der Wohnungsstichprobe nicht erfaßt wurden. Auch sind häufig die Grenzen zwischen privat und gewerblich genutzten Personenkraftwagen nicht scharf zu ziehen.

Mit der zunehmenden Motorisierung wird es besonders für die privaten Haushalte in den Ballungsräumen zu einem ernstem Problem, für den Pkw eine Abstellmöglichkeit während der Nachtstunden zu finden. Die Befragung der Haushalte mit nur einem Fahrzeug ergab, daß fast drei Fünftel (59%) von ihnen ihren Wagen nachts in einer Garage (Einzel- oder Sammelgarage) abstellen, während 16% auf die "Laterengarage" (Abstellplatz am Straßenrand) ange-

wiesen sind. Weitere 12% der Haushalte mit einem Pkw verfügen über einen Einstellplatz und 13% stellen ihr Fahrzeug nachts in einer behelfsmäßigen Garage oder auf einem privaten oder öffentlichen Parkplatz ab.

In der Gliederung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes heben sich hauptsächlich die Selbständigen durch eine bessere Abstellmöglichkeit für ihren Pkw von den übrigen Haushalten ab. Ihre Fahrzeuge stehen nachts zu über drei Vierteln in einer Garage. Auch der größte Teil der Haushalte, die mit zwei und mehr Pkw ausgerüstet sind, entfällt auf die Selbständigen. Demgegenüber müssen die Arbeiter noch am häufigsten, nämlich in über 50% der Fälle, ohne eine eigene Garage auskommen.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Qualität der Wohnungen im Herbst 1965" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 25 (Januar)

Anbau und Ernte von Ölfrüchten

"Die Ölfrüchte liefern fett- und zugleich eiweißreiche Samen. Ihre Weltbedeutung als Rohstoffe für Nahrung, Futter und technische Verwendung ist daher sehr groß. Der Schwerpunkt des Anbaus liegt in Ost- und Südasiens, allgemein in subtropischen und tropischen Gebieten, deren hohe Wärmesummen die Fettspeicherung begünstigen... Trotz des hohen Kalorienbedarfs zur Fettspeicherung ist der Raps aber nicht an die sonnenwärmsten Gebiete gebunden, sondern bevorzugt luftfeuchte Lagen mit langer Vegetationszeit. Um unter unseren Klimaverhältnissen von den fast ausnahmslos aus wärmeren Ländern stammenden Ölpflanzen die heute erreichten ansehnlichen Erträge zu erzielen, ist ein wesentlich höherer Aufwand erforderlich als in den Hauptanbauländern... Die Sicherheit der Erträge wird durch die Witterung und durch Schädlinge mehr gefährdet als etwa beim Getreide,"¹ wobei die einst so gefürchteten Schädlinge heute unschwer mit modernen Insektiziden bekämpft werden können und bekämpft werden.

Namentlich Raps und Rübsen, unsere wichtigsten Ölfrüchte, stellen durch ihre Frühreife, einzigartige Unterdrückung des Unkrauts und alle Wirkungen einer hervorragenden Schattengare eine große Bereicherung der Fruchtfolge dar. "Eine gute Rapsernte leistet in Stärkeeinheiten das Eineinhalbfache wie eine Weizen-ernte."¹

Das aus den Raps- und Rübsensamen (Ölgehalt um 40%) gewonnene Rüböl wird zum großen Teil zur Margarineherstellung verwendet und stellt nach Ansicht von Fachleuten bis zu einem Anteil von 20 - 30% einen wertvollen Bestandteil der Margarine dar.² Die Verarbeitungsrückstände der Ölsaaten, soweit sie nicht störende Senföle enthalten, sind dank ihres hohen Eiweißgehaltes wertvolle Kraftfuttermittel.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Margarinefabriken gesetzlich gehalten, ihrem für die Margarineherstellung benötigten Öl bis zu 10% Rüböl inländischer Herkunft beizumischen. - In Dänemark beispielsweise muß bis zu 20% inländisches Rüböl verwendet werden. Aber auch in Ländern ohne Beimischungsvorschriften wird Rüböl verwendet.² In der Praxis brauchen die deutschen Ölmöhlen ihre gesetzlich angeordnete Abnahmeverpflichtung nur etwa zur Hälfte zu erfüllen, da nicht mehr Ölsaaten im Inland erzeugt werden. Darüber hinaus wird noch ausländisches Rüböl eingeführt.²

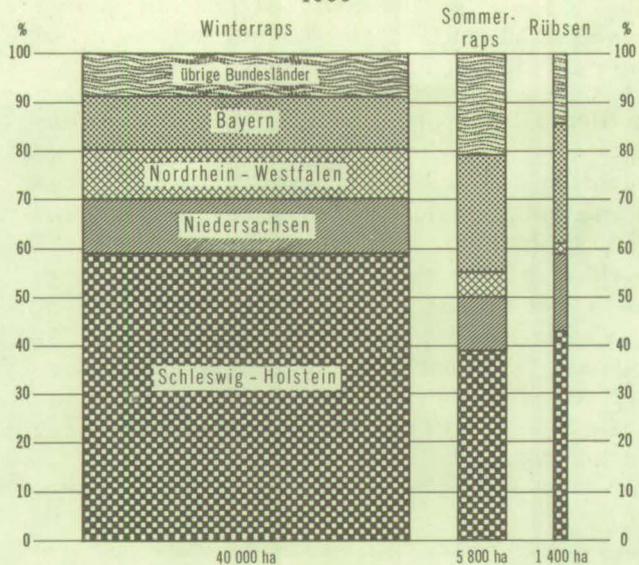
Ein Blick auf den Gesamtbedarf an pflanzlichen Ölen zeigt, daß dieser nur zu einem sehr kleinen Teil aus eigener Erzeugung gedeckt werden kann. 1965 wurden in der Bundesrepublik 107 000 t Ölfrüchte (Raps/Rübsen) geerntet, zur Verarbeitung an die Ölmöhlen wurden im Laufe des Wirtschaftsjahres 1965/66 jedoch nur 86 000 t abgeliefert. Eingeführt wurden im gleichen Wirtschaftsjahr allein über 2 Mill. t

1) Klapp, E., Lehrbuch des Acker- und Pflanzenbaues, Berlin 1958, S. 374

2) nach Auskunft der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Der Rapsanbau im Bundesgebiet

1966



Ölsaaten, also das Zwanzigfache der Eigenproduktion, und darüber hinaus noch erhebliche Mengen an pflanzlichen Ölen und Margarine. Vom Gesamtumsatz an Margarine, Plattenfett und Speiseöl in der Bundesrepublik im Wirtschaftsjahr 1965/66 (735 000 t Reinfett) stammten nur 4% (31 000 t) aus der Verarbeitung inländischer Ölsaaten; von der Margarineproduktion allein sind es gut 5%.

1966 waren von den gut 47 000 ha Ölfrüchten im Bundesgebiet 40 000 ha oder 85% Winterraps. Von der Winterrapsfläche wurden wiederum fast 60% in Schleswig-Holstein angebaut. 1950 hatte Schleswig-Holstein bei etwas größerer Gesamtfläche im Bundesgebiet erst einen Anteil von 26%. Gründe für diesen hohen Anteil Schleswig-Holsteins - genauer: Ostholsteins - sind zur Hauptsache das Klima und die Betriebsgrößenstruktur, darüber hinaus aber auch in geringem Maße die Böden. Über den Einfluß der Betriebsgrößenstruktur soll in einem späteren Abschnitt gesprochen werden.

Das rechte Bild zeigt, daß die Hektarerträge des Rapses in Schleswig-Holstein höher waren als

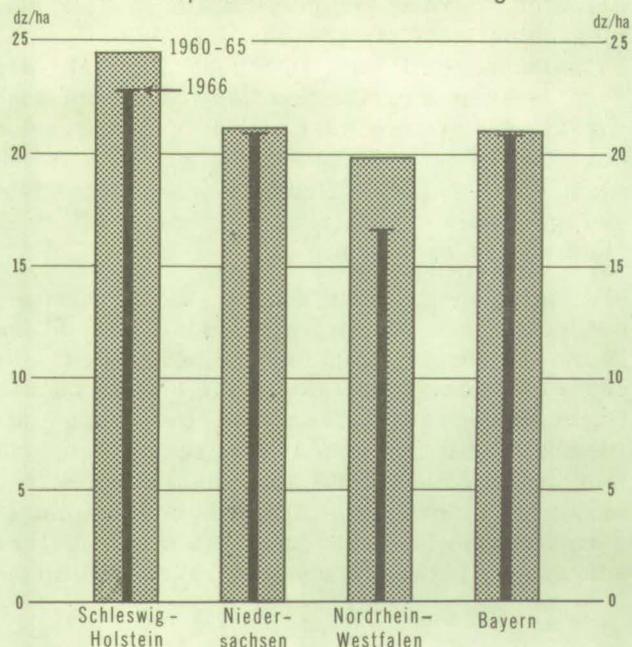
Die Entwicklung des Rapsanbaus in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Jahr	Anbaufläche in ha ¹		Anteil Schleswig-Holsteins in %
	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet	
D 1935 - 1938 ²	6 777	25 200	27
1950 ²	13 006	50 066	26
1955 ²	5 545	11 951	46
1960	17 612	32 065	55
1965	27 630	53 325	52
1966	26 499	47 243	56

1) Winterraps, Sommer-raps einschl. Rübsen

2) ohne Saarland

Die Winterraps-erträge in den Hauptanbauländern des Bundesgebietes



in den übrigen Hauptanbauländern. Gründe dürften wiederum das Klima, aber auch die Betriebsgrößenstruktur sein. Es ist anzunehmen, daß in größeren Betrieben die Pflege besser ist, insbesondere daß die Insektizide erfolgreicher angewendet werden.

Auf die wesentlich größeren Bundesländer Bayern und Niedersachsen und auf Nordrhein-Westfalen entfallen jeweils 1/10 der 40 000 ha Rapsanbaufläche im Jahre 1966. In den nicht genannten Bundesländern ist der Rapsanbau nur noch von untergeordneter Bedeutung.

In Abhängigkeit von sehr unterschiedlichen Faktoren haben sich die Rapsanbautendenzen seit der Vorkriegszeit mehrfach geändert.

Während im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1938 knapp 6 800 ha Raps in Schleswig-Holstein angebaut wurden, stieg diese Fläche in den Kriegsjahren "wegen der schwierigen Fettversorgungslage der Bevölkerung auf 20 000 - 24 000 ha an."³ Nach dem Kriege sank die Rapsanbaufläche wegen mangelhafter Handelsdüngerversorgung auf rund 7 000 ha im Jahre 1948. Danach ergab sich wieder ein Aufschwung. In den Jahren 1949 bis 1951 betrug die Anbaufläche etwa 13 000 ha. Infolge der Preissenkung 1952 wurde in den folgenden Jahren der Rapsanbau wieder stark eingeschränkt bis auf 4 000 ha im Jahre 1954.

Von 1955 an wurde dann die Rapsanbaufläche (ganz besonders in Ostholstein) konsequent ausgedehnt. 1965 wurde mit 27 600 ha der vorläufige Höhepunkt erreicht. Die Gründe für

3) Mohr, D., Die Entwicklung des Anbaus von Raps und Zuckerrüben, in Stat. Monatsh. S.-H. 1955, S. 132 (April)

die Steigerung während der vergangenen 10 Jahre sind vor allem betriebswirtschaftlicher Art.

Mit den sich seit 1955 schnell verbreitenden Mähdreschern konnte der Handarbeitsaufwand bei der Rapsernte erheblich reduziert werden. Dieser Rationalisierungseffekt gewann um so mehr an Bedeutung, als die Arbeitskräfte knapp und teuer wurden und die Lohnansprüche der Familienarbeitskräfte stiegen. Mit der Einführung des Mähdreschers und der Verknappung der Handarbeit gewann der Raps gegenüber den anderen Hackfrüchten einen Vorsprung in der Rentabilität und Arbeitsproduktivität. Besonders in großbäuerlichen Betrieben von 50 bis 100 ha LN und in Großbetrieben tritt diese Konkurrenz deutlich zutage. Nachstehend seien die sachkostenfreien Roherträge in DM je Arbeitsstunde (AKh) als Maß für die Arbeitsproduktivität bei Raps, Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln aufgeführt:

Fruchtart	Ertrag	Erlös	Sachkostenfreier Rohertrag
	dz/ha	DM/dz	DM/AKh
Raps ¹	25	65	29
Getreide ¹	40	40	33
Zuckerrüben ¹	350	7	9
Fabrikkartoffeln	280	8	6

1) nach Blohm, G., Die Neuorientierung der Landwirtschaft, Stuttgart 1962

Verknappung und Verteuerung der Arbeitskräfte oder auch höhere Lohnansprüche haben besonders in den größeren Betrieben zur Einschränkung des arbeitsaufwendigeren Hackfruchtbaus und zur Verstärkung des arbeitsextensiven Getreidebaus geführt. Die Forderung nach Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit im Interesse nachhaltig hoher Erträge läßt es aber nicht zu, Jahr für Jahr ausschließlich Getreide anzubauen. Hier übernimmt der Raps als Blattfrucht die Rolle der Hackfrüchte innerhalb der Fruchtfolge. Er hat den Hackfrüchten dabei

einen geringeren Bedarf an Handarbeit und höhere Arbeitsproduktivität voraus.

Sowohl 1949 als auch 1960 betrug der Anteil von Raps und Rüben an der Ackerfläche rund 2%. In der gleichen Zeit konzentrierte sich der Rapsanbau auf größere Betriebe. Die Zahl der rapsanbauenden Betriebe unter 50 ha LN nahm stark ab. Sogar zwischen 50 und 100 ha LN ging die Zahl der Betriebe mit Rapsanbau zurück, während gleichzeitig die Anbaufläche in dieser Größenklasse zunahm. Die Grenze der Zunahmen dürfte bei einer Betriebsgröße von 80 oder 90 ha LN liegen.

Von den Betrieben ab 100 ha LN mit Ackerland bauten 1960 bereits zwei Drittel Raps an, von den Betrieben zwischen 50 und 100 ha LN mit Ackerland ein Viertel, von den kleineren Betrieben nur verschwindend kleine Anteile. In allen Großbetrieben wurden 1960 im Durchschnitt bereits gut 8% des Ackerlandes (in den Raps anbauenden Betrieben also mehr) mit Raps bestellt. In Betrieben unter 50 ha LN war der Anteil des Raps am Ackerland nur noch unbedeutend. Von der Rapsanbaufläche Schleswig-Holsteins entfiel 1960 bereits die Hälfte auf Betriebe mit 100 und mehr ha LN, ein weiteres Viertel auf Betriebe mit 50 - 100 ha LN.

Von 1960 bis 1966 hat die Rapsanbaufläche Schleswig-Holsteins noch um rund 10 000 ha zugenommen. Man kann annehmen, daß dieser Zuwachs einmal einem verstärkten Anbau in großbäuerlichen und Großbetrieben, die bereits 1960 Raps anbauten, zuzuschreiben ist. Darüber hinaus hat sich die Zahl der rapsanbauenden Betriebe gegenüber 1960 um rund 500 erhöht. Da die Betriebe über 100 ha LN, soweit es deren Standorte und Nutzflächenverhältnisse zuließen, fast sämtlich bereits 1960 Raps anbauten, können in dieser Größenklasse allenfalls 50 bis 100 Betriebe den Rapsanbau neu aufgenommen haben. Es dürfte sich daher bei den 500 bis 600 zwischen 1960 und 1966 neu hinzugekommenen rapsanbauenden Betrieben hauptsächlich um großbäuerliche Betriebe zwischen 50 und 100 ha LN handeln.

Betriebe mit Raps und Rüben

Größenklasse nach der LN in ha	Betriebe mit Ackerland		darunter Betriebe mit Raps, Rüben					
	1949	1960	1949			1960		
			Betriebe	%	Fläche ¹ in ha	Betriebe	%	Fläche ¹ in ha
bis 20	39 668	29 701	540	1,4	471	170	0,6	315
20 bis 50	16 069	17 392	2 473	15	4 519	1 230	7,1	3 876
50 bis 100	2 854	3 027	910	32	2 970	777	26	4 334
100 und mehr	579	562	368	64	5 033	372	66	8 382
Insgesamt	59 170	50 682	4 291	7,3	12 993	2 549	5,0	16 907

1) Fläche von Raps und Rüben

Somit würden 1966 etwa 22 000 ha Raps (über 80% der schleswig-holsteinischen Rapsfläche) auf 1 500 bis 2 000 großbäuerliche und Großbetriebe (etwa 3% aller landwirtschaftlichen Betriebe oder 5 bis 6% der Betriebe über 10 ha LN) entfallen.

Gleichzeitig mit der Konzentration auf (relativ wenige) Großbetriebe hat sich der Schwerpunkt des Rapsanbaus während der vergangenen 15 Jahre noch stärker in das Hügelland, vor allem nach Ostholstein verlagert. Der Anteil des Hügellandes an der Rapsfläche des Landes stieg von 72% im Jahre 1950 auf 80% im Jahre 1960. Die starke Zunahme der Anbaufläche von 1960 bis 1965 um 10 000 ha fiel allein dem Hügelland zu, wodurch sich dessen Anteil auf 87% vergrößerte. Die Verteilung des Rapsanbaus auf die Einzelräume des Hügellandes - stärkste Verbreitung in den ostholsteinischen Kreisen, weniger starke Verbreitung in Angeln - läßt den Schluß zu, daß die Ursachen für die Konzentration des Rapsanbaus hauptsächlich in der Betriebsgrößenstruktur - die Großbetriebe unse-

res Landes liegen überwiegend in Ostholstein - zu suchen sind. Aus den gleichen Gründen wurde in der Marsch der Stand von über 3 300 ha im Jahre 1950, 1960 bis 1966 nicht wieder erreicht, obwohl die Ertragsbedingungen in den Ackerbaugebieten der Marsch keineswegs schlechter sind als im Hügelland. In den Einzelräumen der Marsch hat sich von 1950 bis 1960 ebenfalls eine Verschiebung zu den Gebieten mit den größeren Betrieben hin ergeben. Seit 1960 ging der Rapsanbau aber auch in den günstigeren Gebieten der Marsch zurück. Die Ursachen für diesen Rückgang dürften mit darin zu suchen sein, daß vielfach ein übertrieben starker Rapsanbau die Verbreitung von Krankheiten und Schädlingen gefördert und damit die Rentabilität des Rapsanbaus stark gedrückt hat. Langjährige Versuchsergebnisse haben bewiesen, daß bei Ausdehnung des Rapsanteils auf über 25% der Ackerfläche mit Ertragseinbußen durch überstarken Schädlingsbefall gerechnet werden muß.

Die Entwicklung des Raps- und Rübsenanbaus in den Naturräumen

Naturraum	Anbaufläche in ha			
	1950	1954	1960	1965
(681) Nordfriesische Marschinseln und Halligen	266	56	417	379
(682) Nordfriesische Marsch	350	54	1 089	811
(683) Eiderstedter Marsch	199	39	272	193
(684) Dithmarscher Marsch	1 688	30	469	443
(671) Holsteinische Elbmarschen	864	95	683	622
Marsch zusammen	3 367	274	2 930	2 448
(680) Nordfriesische Geestinseln	2	1	-	2
(690) Lecker Geest	6	1	28	17
(691) Bredstedt-Husumer Geest	12	9	135	50
(692) Eider-Treene-Niederung	2	-	5	4
(693) Heide-Itzehoeer Geest	53	-	40	84
(694) Barmstedt-Kisdorfer Geest	45	9	49	74
(695) Hamburger Ring	45	7	63	191
(696) Lauenburger Geest	68	46	169	372
Hohe Geest zusammen	233	73	489	794
(697) Schleswiger Vorgeest	-	2	-	11
(698) Holsteinische Vorgeest	24	3	51	138
(760) Südmecklenburgische Niederungen	58	-	56	74
Vorgeest zusammen	82	5	107	223
(700) Angeln	88	51	546	1 150
(701) Schwansen, Dänischer Wohld und Amt Hütten	1 083	663	1 607	2 813
(702a) Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (NW)	2 409	864	3 332	5 400
(702b) Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (SO)	3 806	1 362	5 629	9 237
(703) Nordoldenburg und Fehmarn	1 416	641	2 083	4 258
(750) Westmecklenburgisches Seen-Hügelland	522	72	889	1 307
Hügelland zusammen	9 324	3 653	14 086	24 165
Schleswig-Holstein insgesamt	13 006	4 005	17 612	27 630

Die Entwicklung der Erträge von Raps und Rübsen

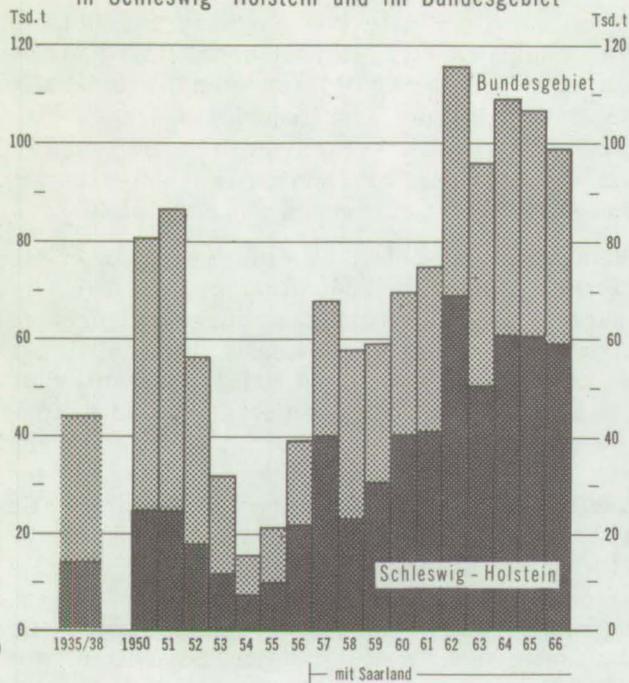
Gebiet	Zeitraum	Ertrag in dz/ha
Schleswig-Holstein	D 1935/38	20,8
	D 1950/55	18,9
	D 1960/65	23,5
	1966	22,2
davon Marsch	D 1960/65	23,7
	1966	20,3
Hohe Geest	D 1960/65	21,2
	1966	19,5
Vorgeest	D 1960/65	18,2
	1966	17,8
Hügelland	D 1960/65	23,6
	1966	22,5

Die Erträge (Durchschnitt 1960 - 1965) sind gegenüber denen der Vorkriegszeit und gegenüber denen der Jahre 1950/55 um 3 - 4 dz/ha (13 - 24%) gesteigert worden. Während der letzten 10 Jahre ist keine eindeutig steigende Tendenz mehr zu erkennen.

Offensichtlich ist mit Erträgen von 22 bis 24 dz/ha die Grenze der bei den heutigen Möglichkeiten in Pflanzenzüchtung, Düngung, Pflege und Schädlingsbekämpfung nachhaltig erzielbaren Erträge erreicht. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß in einzelnen Jahren auf bestimmten Standorten erheblich höhere Erträge möglich sind.

In dem letzten Bild wird noch einmal die starke Bewegung im Ölfruchtanbau während der vergangenen 15 Jahre deutlich. Die Gründe für diese Bewegungen sowie die Wandlungen und die Konzentration in der Erzeugung wurden bereits besprochen. Hierbei gelten die für Schleswig-

Die Rapsernten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet



Holstein getroffenen Aussagen sinngemäß für das gesamte Bundesgebiet. Der Einfluß der Betriebsgrößenstruktur zeigt sich noch einmal an dem wachsenden Anteil Schleswig-Holsteins an der Erzeugung im gesamten Bundesgebiet, der

von gut einem Viertel in den Jahren um 1950 auf fast zwei Drittel in den letzten Jahren angestiegen ist.

Bereits im Jahre 1960 entfielen auch im Bundesgebiet von der Gesamtanbaufläche an Raps und Rüben bereits drei Viertel auf knapp 2 900 Betriebe mit 50 und mehr ha LN. Darunter waren wiederum über 1 100 schleswig-holsteinische Betriebe. Im Bundesgebiet entfielen also 75% der Rapsanbaufläche 1960 auf 0,2% aller Betriebe mit Ackerland oder auf 0,5% der Betriebe mit 10 und mehr ha LN und Ackerland. Die rapsanbauenden Betriebe insgesamt machten ebenfalls nicht mehr als 0,5% aller Betriebe mit Ackerland aus. Diese Konzentration dürfte sich bis 1966 noch verstärkt haben.

Der Rapsanbau stellt also einen ausgesprochenen Spezialbetriebszweig dar, der nur von sehr wenigen Betrieben, und zwar von günstig strukturierten Betrieben auf ertragreichen Standorten, betrieben wird. Das gilt für die Bundesrepublik, aber auch für Schleswig-Holstein. Gemessen an der Gesamtmenge verarbeiteter Pflanzenfette und -öle hat die Produktion der westdeutschen Landwirtschaft mit rund 4% nur untergeordnete Bedeutung.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Ölfrüchtermte 1966" in *Wirtschaft und Statistik* 1966, S. 640 (Oktober)

Die Ausgaben für Urlaubs- und Erholungsreisen 1962/63

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, die bei Haushalten aus allen sozialen Schichten sämtliche Einnahmen und Ausgaben registrierte, konnte auch auf die Erfassung der Ausgaben während der Urlaubsreisen nicht verzichten. Wenn eine an der Stichprobe beteiligte Familie oder einzelne Familienmitglieder auf Reisen gingen, wurde ihnen ein Reiseheft mitgegeben, in das sie die während des Urlaubs anfallenden Ausgaben in vorgegebene Rubriken eintragen mußten. Mehr als 10 000 ausgefüllte Reisehefte hat das Statistische Bundesamt ausgewertet, und die Ergebnisse dieser Auswertung in seiner Monatszeitschrift "Wirtschaft und Statistik" ¹ veröffentlicht. Der folgende Beitrag enthält die wichtigsten Erkenntnisse aus dieser Veröffentlichung. Bei allen Angaben handelt es sich um Bundesergebnisse; Landesergebnisse ließen sich leider nicht errechnen, weil die Zahl der beteiligten Haushalte für eine regionale Untergliederung nicht ausreicht.

Als Urlaubs- und Erholungsreisen galten alle Reisen, die mindestens fünf Tage dauerten und die nicht überwiegend geschäftlichen und beruf-

lichen Zwecken dienten. So betrachtet, haben in der Zeit von Juni 1962 bis Mai 1963 im Schnitt rund drei Zehntel aller Haushalte in der Bundesrepublik Urlaubs- und Erholungsreisen unternommen. Leider läßt das vorliegende Material aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht erkennen, wie oft die Haushalte im Jahr verreisten und wie viele Familienmitglieder an den einzelnen Reisen teilgenommen haben. Anhaltspunkte zu der Frage, wie oft Urlaubs- und Erholungsreisen unternommen werden, brachten die Ergebnisse der Zusatzbefragung zum Mikrozensus Oktober 1962. Danach haben in dem Fremdenverkehrs-jahr vom 1. Oktober 1961 bis 30. September 1962 26% der Personen in privaten Haushalten des Bundesgebietes (ohne Berlin) an Urlaubs- und Erholungsreisen teilgenommen. 93,7% der verreisten Personen unternahmen während dieses Jahres nur eine Reise, 5,6% zwei Reisen und 0,7% drei oder mehr Reisen. 61% dieser Urlaubs- und Erholungsreisen fanden im Inland statt, und 39% gingen ins Ausland.

1) Vergleiche "Ausgaben privater Haushalte für Urlaubs- und Erholungsreisen 1962/63" (Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63) in *Wirtschaft und Statistik* 1966, S. 646 (Oktober)

Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zeigen eindeutig, daß die Reiseintensität mit steigendem Einkommen zunimmt.

Von den Haushalten (ohne selbständige Landwirte), deren Haushalts-Nettoeinkommen

unter 300 DM lag, hatten 13 %,
zwischen 300 und 600 DM lag, hatten 26 %,
" 600 und 800 DM lag, hatten 36 %,
" 800 und 1 200 DM lag, hatten 46 %,
1 200 DM und mehr betrug, hatten 62 %

in dem betrachteten Zeitraum Urlaubs- und Erholungsreisen unternommen.

Das Statistische Bundesamt hat die Ergebnisse außerdem nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes gegliedert und dabei festgestellt, daß die Intensität der Urlaubs- und Erholungsreisen bei den Arbeitnehmerhaushalten am größten war. Dies gilt für die Haushalte aller Einkommensgruppen. Am seltensten hatten die Haushalte selbständiger Landwirte Urlaubsreisen aufzuweisen. Das hängt vermutlich mit der starken Arbeitsbelastung der Landwirte gerade in den Sommermonaten zusammen.

Auf 100 Haushalte von

Arbeitnehmer	entfielen 37 Urlaubsreisen
Selbständigen (ohne Landwirte)	entfielen 35 Urlaubsreisen
Nichterwerbstätigen	entfielen 22 Urlaubsreisen
Selbständigen Landwirten	entfielen 5 Urlaubsreisen

In der Kombination nach der Haushaltsgröße und der sozialen Stellung konnte man die Angaben über die Urlaubsreisen leider nur für die Arbeitnehmerhaushalte auswerten. Für die anderen sozialen Schichten reichte das Material in dieser doppelten Untergliederung leider nicht aus. Die Untersuchung bei den Arbeitnehmerhaushalten hat gezeigt, daß die Reiseintensität umso geringer wird, je größer der Haushalt ist².

Die Haushalte, die in dem Jahr von Juni 1962 bis Mai 1963 Urlaubs- und Erholungsreisen unternahmen, haben für diese Reisen im Durchschnitt je Haushalt 668 DM ausgegeben. Mit steigendem Haushalts-Nettoeinkommen nahmen die Gesamtausgaben für Urlaubsreisen je Haushalt zu. Der durchschnittliche Ausgabenbetrag je Haushalt belief sich bei Haushalten mit einem Haushalts-Nettoeinkommen

unter 300 DM auf 404 DM
zwischen 300 und 600 DM auf 500 DM
zwischen 600 und 800 DM auf 584 DM
zwischen 800 und 1 200 DM auf 755 DM
von 1 200 DM und darüber auf 1 154 DM.

Bei dieser Untergliederung nach dem Haushalts-Nettoeinkommen wurden die Haushalte von selbständigen Landwirten nicht einbezogen,

2) Vergleiche "Urlaubs- und Erholungsreisen von Arbeitnehmerhaushalten" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 598 (September)

weil es nicht möglich war, ihr Einkommen zu bestimmen.

Reichlich die Hälfte (55%) des durchschnittlichen Ausgabenbetrages je Haushalt im Urlaubsjahr in Höhe von 668 DM wendeten die Haushalte für Unterkunft und Verpflegung auf. Drei Zehntel gaben sie für Verkehrsmittel aus und 15% gingen zu Lasten von sonstigen Ferienkäufen, wie Andenken, Geschenken und dergleichen.

Wenn man betrachtet, was die Haushalte in den einzelnen sozialen Schichten im Jahr für Urlaubs- und Erholungsreisen ausgaben, erkennt man leicht Unterschiede. Die Haushalte der Selbständigen (ohne Landwirte) gaben mit rund 950 DM im Schnitt am meisten aus und wendeten auch innerhalb gleicher Einkommensgruppen meist mehr auf als die Haushalte der Arbeitnehmer und der Nichterwerbstätigen. Die Arbeitnehmerhaushalte gaben im Durchschnitt 642 DM aus, die nichterwerbstätigen Haushalte 611 DM. Die niedrigsten durchschnittlichen Jahresausgaben für Urlaubsreisen hatten die Haushalte der selbständigen Landwirte mit 370 DM zu verzeichnen.

Abgesehen von den Einpersonenhaushalten, die in dem betrachteten Jahr durchschnittlich 500 DM für Urlaubsreisen ausgaben, hatte die Haushaltsgröße nur einen verhältnismäßig geringen Einfluß auf die Höhe der durchschnittlichen Urlaubsausgaben je Haushalt. Bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen betragen die Ausgaben rund 750 DM; Zwei-, Drei- und Vier-Personenhaushalte hatten fast gleich hohe Reiseausgaben von etwa 700 DM aufzuweisen. Wenn man die Zusammensetzung der Reisekosten mit der Haushaltsgröße kombiniert, sieht man, daß mit zunehmender Haushaltsgröße die Ausgabenanteile für Verkehrsmittel und sonstige Ferienaushgaben im allgemeinen sinken, während die Anteile für Unterkunft und Verpflegung größer werden. Das hängt u. a. damit zusammen, daß die größeren Haushalte im Vergleich zu den kleineren Haushalten häufiger mit dem eigenen Kraftfahrzeug in den Urlaub fahren. Rechnet man nämlich für die Urlaubsreise mit dem eigenen Wagen nur die im Urlaub anfallenden Ausgaben für Kraftstoffe, Wartung und Reparaturen, so ist die Fahrt mit dem eigenen Auto im Durchschnitt billiger als die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Gerade für größere Familien ist es wirtschaftlicher, das eigene Auto für Urlaubsreisen zu benutzen, als mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu reisen. Andererseits könnten die relativ geringen durchschnittlichen Ausgaben für Verkehrsmittel bei den größeren Haushalten zum Teil auch dadurch zu erklären sein, daß kinderreiche Familien nicht so weite Urlaubsreisen unternehmen.

Vier Zehntel aller Haushalte, die in dem betrachteten Jahr eine Urlaubs- oder Erholungs-

reise unternommen haben, benutzten für diese Fahrt ein eigenes Kraftfahrzeug. In den einzelnen sozialen Schichten war der Anteil der Haushalte, die mit dem eigenen Wagen fuhren, sehr unterschiedlich. Bei den Selbständigen (ohne Landwirte) reisten 77% mit dem eigenen Kraftfahrzeug in den Urlaub. Bei den Arbeitnehmern waren es genau vier Zehntel, bei den selbständigen Landwirten 31% und bei den Nichterwerbstätigen 17%.

Mit steigendem Einkommen wird das eigene Kraftfahrzeug häufiger als Verkehrsmittel für die Urlaubsreise genommen. Das liegt auf der Hand, da die Ausstattung der Haushalte mit Personenwagen stark vom Einkommen abhängt. Von allen Haushalten (ohne selbständige Landwirte) reisten in der Einkommensgruppe

unter 300 DM	13 %
300 bis unter 600 DM	23 %

600 bis unter 800 DM	38 %
800 bis unter 1 200 DM	50 %
1 200 DM und mehr	68 %

mit dem eigenen Wagen in den Urlaub.

Zu Beginn der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Frühjahr 1962 hatten 27% aller Haushalte ein Kraftfahrzeug. Von allen Haushalten, die von Juni 1962 bis Mai 1963 auf Urlaubsreisen gingen, fuhren dagegen 40% mit dem eigenen Auto in ihren Ferienort. Bei den Haushalten, die im Urlaub verreisen, ist also die Autodichte merklich größer als bei den Haushalten, die ihre Ferien zuhause verleben. Außerdem legt der Vergleich dieser beiden Prozentzahlen den Schluß nahe, daß die meisten Autobesitzer mit ihrem Auto in Urlaub fahren.

Dr. Enno Heeren

Die Finanzen der Krankenkassen 1961 bis 1965

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen der landesunmittelbaren Krankenkassen beliefen sich 1961 auf 269 Millionen DM und 1965 auf 386 Millionen DM; sie sind damit um 43% angestiegen. Allein 96% der Einnahmen stammten 1965 aus Beitragszahlungen (1961 = 98%). Das Beitragsaufkommen stieg von 263 Mill. DM auf 371 Mill. DM. 1965 entfielen hiervon nur 64 Mill. DM oder 17% auf die pflichtversicherten Rentner, obwohl der Anteil der Rentner am Gesamtmitgliederbestand 26% ausmachte.

Die durchschnittliche Steigerung der Beitragseinnahmen aller Kassen belief sich gegenüber 1961 auf 41%. Bei den einzelnen Kassenarten steigerten sich die Beitragseinnahmen verschieden stark. Da sich bei den Innungskrankenkassen neben der Erhöhung des Grundlohnes und der Beitragserhöhung noch die Zunahme des Mitgliederbestandes auswirkte, war hier die durchschnittliche Steigerung mit 67% am höchsten. Dagegen war sie bei den Betriebskrankenkassen mit 21% am niedrigsten.

Das Beitragsaufkommen wird von den Krankenkassen durch eine Skala von Beitragssätzen reguliert. Die Beitragssätze wurden angehoben, weil sich die Ausgaben erhöht haben und weil in der Regel die Krankenversicherung ihre Ausgaben durch Beiträge decken muß. Die höchsten durchschnittlichen Beitragssätze zahlten die Pflichtmitglieder und die freiwilligen Mitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen. Ende 1961 lagen diese Sätze bei 9,26% des Grundlohnes und bei 8,99%; Ende 1965 waren

sie auf 9,77% und 9,64% gestiegen. Pflichtmitglieder ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen zahlten 1961 6,85%, 1965 7,15%. Der Beitragssatz der Rentner, der zwei Drittel des Beitragssatzes der Pflichtmitglieder mit sofortigem Barleistungsanspruch beträgt, lag im Durchschnitt 1961 bei 6,21% und 1965 bei 6,57%. Bei den freiwilligen Mitgliedern mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen war der Anstieg am größten, nämlich 0,65 Punkte. Den höchsten Beitragssatz für Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen hatten die Ortskrankenkassen mit 9,90%.

Die durchschnittliche Beitragsleistung eines Mitgliedes belief sich auf

	1961	1965
Pflichtmitglieder	424 DM	596 DM
Rentenbezieher und -bewerber	239 DM	336 DM
Freiwillige Mitglieder	279 DM	409 DM
Zusammen	355 DM	502 DM
davon		
Ortskrankenkassen	360 DM	509 DM
Landkrankenkassen	283 DM	440 DM
Betriebskrankenkassen	435 DM	561 DM
Innungskrankenkassen	339 DM	458 DM

Für alle Mitglieder zusammen hatten die Betriebskrankenkassen 1965 mit 561 DM je Mitglied die höchsten jährlichen Beitragseinnahmen.

Neben den Beitragseinnahmen spielten die Erstattungen, Vermögenserträge und die sonstigen Einnahmen eine ganz untergeordnete Rolle.

Ausgaben

Die Gesamtausgaben sind von 1961 bis 1965 von 265 Mill. DM auf 389 Mill. DM gestiegen. In jedem Berichtsjahr entfielen 94 bis 95% aller Ausgaben auf Leistungsaufwendungen. Die Leistungsausgaben gliederten sich nach dem Verwendungszweck in

	1961	1965
Behandlung durch Ärzte	20,8 %	21,6 %
Behandlung durch Zahnärzte	4,9 %	6,2 %
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	13,6 %	15,1 %
Zahnersatz	2,4 %	2,4 %
Krankenbehandlung in Anstalten	19,0 %	20,2 %
Barleistungen (Kranken- und Hausgeld)	30,0 %	25,6 %
Genesendensfürsorge und vorbeugende Maßnahmen	0,7 %	0,8 %
Wochenhilfe	4,1 %	3,7 %
Sterbegeld	2,8 %	2,8 %
Sonstige (Vertrauensärztlicher Dienst usw.)	1,9 %	1,7 %

Unter den Leistungsaufwendungen waren 1961 die Barleistungen (Kranken- und Hausgeld) der größte Posten. 1965 sind an ihre Stelle die Aufwendungen für ärztliche und zahnärztliche Behandlung mit 102 Mill. DM getreten, während die Barleistungen nur 94 Mill. DM ausmachten.

Unter den Leistungsausgaben, die von 1961 (250 Mill. DM) auf 1965 (368 Mill. DM) um 47% anstiegen, haben die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel (1965 = 56 Mill. DM) mit 63% und die Behandlung durch Zahnärzte (23 Mill. DM) mit 87% am stärksten zugenommen. Die Barleistungen sind dagegen nur um 26% gewachsen. 22% des Leistungsaufwandes (80 Mill. DM) entfielen 1965 auf die pflichtversicherten Rentner und ihre Familienangehörigen.

Eine Erhöhung des Leistungsaufwandes ergab sich bei allen Kassenarten. Die stärkste Zu-

Durchschnittliche Leistungsausgaben für Mitglieder und deren Familienangehörige je Mitglied in DM

	1961	1965
Pflichtmitglieder und freiwillige Mitglieder	367	525
Rentenbezieher und -bewerber	254	424
Zusammen	338	499
davon		
Ortskrankenkassen	343	506
Landkrankenkassen	251	417
Betriebskrankenkassen	441	593
Innungskrankenkassen	321	457

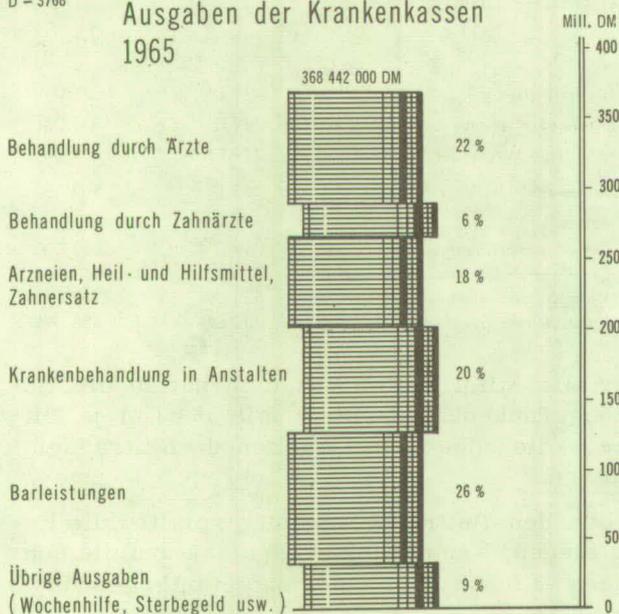
nahme verzeichneten die Innungskrankenkassen mit 76%, die geringste die Betriebskrankenkassen mit 26%, während die Ortskrankenkassen ihren Leistungsaufwand um 47% und die Landkrankenkassen ihren um 43% steigerten.

Je Mitglied wurden für Leistungen, die sowohl den Mitgliedern als auch deren Familienangehörigen zugute kamen, 1961 338 DM und 1965 499 DM ausgegeben, je Pflicht- und freiwilliges Mitglied 367 bzw. 525 DM, je Rentner 254 bzw. 424 DM. Das bedeutet, daß die Steigerung der Leistungsausgaben bei den Rentnern größer war (171 DM) als bei den Pflicht- und freiwilligen Mitgliedern (159 DM). Dementsprechend hat sich der Abstand zwischen Rentnern und anderen Mitgliedern 1965 gegenüber 1961 verringert, nämlich von 113 DM auf 101 DM.

Die durchschnittlichen Leistungsausgaben je Mitglied erhöhten sich im Berichtszeitraum um 48%, und zwar je Pflicht- und freiwilliges Mitglied um 43% und je Rentner um 67%. Je Mitglied ergab sich eine Steigerung der Leistungsausgaben um 66% bei den Land-, um 47% bei den Orts-, um 42% bei den Innungs- und um 35% bei den Betriebskrankenkassen.

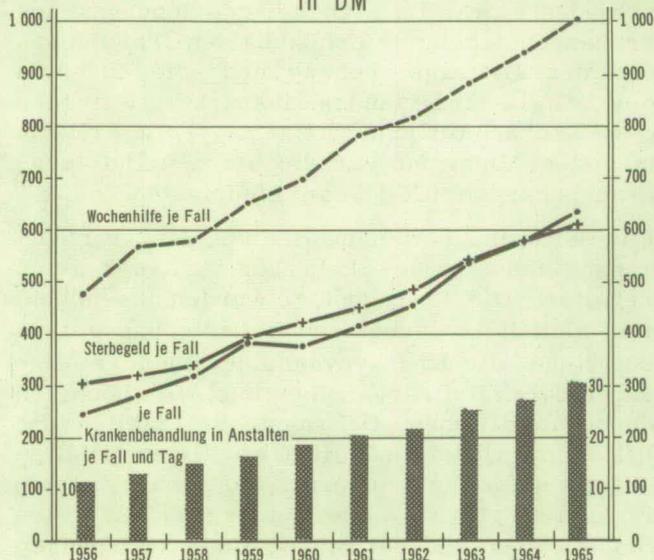
D - 3768

Ausgaben der Krankenkassen 1965



D - 3769

Durchschnittliche Leistungen für Mitglieder in DM



Der größte Ausgabeposten je Pflicht- und freiwilliges Mitglied waren die Barleistungen für Kranken- und Hausgeld mit 172 DM; das sind 26% mehr als 1961. Der größte Ausgabeposten für Rentner war die Krankenbehandlung in Anstalten mit 131 DM je Rentner; der Anstieg gegenüber 1961 betrug 74%.

Am Ende der Jahre 1961 bis 1964 ergaben sich Einnahmeüberschüsse bei den landesunmittelbaren Krankenkassen in Höhe von 4, 18, 6 und 16 Millionen DM. Erstmals Ende 1965 blieben die Einnahmen hinter den Ausgaben um 2,4 Mill. DM zurück. Die Leistungsausgaben für Rentner sind in keinem der Jahre durch die entsprechenden Beitragseinnahmen gedeckt worden.

Je Mitglied waren die Gesamteinnahmen 1961 um 5,63 DM größer als die Ausgaben, 1962 um 24,62 DM, 1963 um 8,07 DM und 1964 um 21,87 DM. 1965 waren erstmalig die Einnahmen je Mitglied um 3,29 DM geringer als die Ausgaben. Während die Ortskrankenkassen je Mitglied 6,51 DM mehr ausgegeben als eingenommen haben, hatten die drei anderen Kassenarten aber auch 1965 noch einen Einnahmeüberschuß, und zwar die Landkrankenkassen 24,82 DM, die Betriebskrankenkassen 6,72 DM und die Innungskrankenkassen 0,98 DM je Mitglied.

Den gegenüber 1961 um 43% gestiegenen Einnahmen der landesunmittelbaren Krankenkassen standen um 47% gestiegene Ausgaben gegenüber. 1961 nahmen alle Krankenkassen zusammen je Pflicht- und freiwilliges Mitglied 28,78 DM an Beiträgen mehr ein, als die Leistungsausgaben betragen; 1965 waren es 34,25 DM. Bei den Rentnern lagen die Verhältnisse umgekehrt: die Kassen gaben für sie 1961 durchschnittlich 14,36 DM und 1965 sogar 88,19 DM mehr aus, als sie an Beiträgen für diese Gruppe einnahmen. Da neun Zehntel aller Rentner von den Ortskrankenkassen betreut wurden, erklärt es sich, daß im Durchschnitt der vier Kassenarten nur die Ortskrankenkassen ein Einnahmedefizit aufwiesen. Betrachtet man die einzelnen Krankenkassen, so zeigt sich, daß von den 23 Ortskrankenkassen 1965 14 Kassen einen Überschuß der Reinausgaben zu verzeichnen hatten, von den 8 Innungskassen 4 und von den 13 Betriebskrankenkassen 2; die 12 Landkrankenkassen hatten sämtlich einen Überschuß der Reineinnahmen.

Vermögen

Das Rohvermögen als Summe der Aktiva betrug bei den landesunmittelbaren Krankenkassen Ende 1961 65 Mill. DM, 1965 122 Mill. DM und erhöhte sich damit um 86%, und zwar bei den Orts- und Innungskrankenkassen um je 92%, bei den Landkrankenkassen um 55% und

Vermögensbilanz der Krankenkassen

	31. Dez. 1961		31. Dez. 1965	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%
Aktiva				
Sofort verfügbare Zahlungsmittel	8 523	13,0	10 136	8,3
Kurz- und mittelfristige Geldanlagen	6 522	10,0	10 203	8,4
Forderungen	24 034	36,7	43 541	35,8
Langfristige Anlagen	4 660	7,1	7 376	6,1
Rücklageguthaben bei dem Träger der Gemeinschaftsaufgaben	12 669	19,4	38 036	31,3
Grundstücke, Geräte und Einrichtungsgegenstände f. d. Verwaltung	8 007	12,2	11 371	9,3
Grundstücke, Geräte und Einrichtungsgegenstände f. Eigenbetriebe	86	0,1	85	0,1
Zeitliche Rechnungsabgrenzung	789	1,2	793	0,7
Sonstige Aktiva	137	0,2	128	0,1
Aktiva insgesamt	65 427	100	121 671	100
Passiva				
Zahlungsmittelkredite	18	0,0	1	0,0
Kurz- und mittelfristige Kredite	-	-	100	0,1
Kurzfristige Verpflichtungen	21 012	32,1	37 083	30,5
Langfristige Verpflichtungen	255	0,4	264	0,2
Rückstellungen für Sterbegeld der Rentner	3 548	5,4	5 681	4,7
Pensionsrückstellungen	349	0,5	78	0,1
Zeitliche Rechnungsabgrenzung	231	0,4	585	0,5
Sonstige Passiva	-	-	-	-
Reinvermögen	40 013	61,2	77 880	64,0
Passiva insgesamt	65 427	100	121 671	100

bei den Betriebskrankenkassen um 27%. 1965 lagen 84% der Aktiva aller Kassen bei den Ortskrankenkassen (1961 = 82%). Von der Gesamtsumme der Aktiva entfiel 1965 über ein Drittel auf Forderungen und fast ein Drittel auf Rücklageguthaben. Die Forderungen waren fast ausschließlich kurzfristiger Art, da sie überwiegend aus Beitragsforderungen und Forderungen an andere Versicherungsträger bestanden.

Die sofort verfügbaren Zahlungsmittel vermehrten sich von 1961 auf 1965 um 1,6 Mill. DM (19%), die kurz- oder mittelfristigen Geldanlagen um 3,7 Mill. DM (56%). Die Forderungen stiegen um 19,5 Mill. DM (81%), die langfristigen Anlagen um 2,7 Mill. DM (58%). Das Rücklageguthaben bei dem Träger der Gemeinschaftsaufgaben wuchs um 25 Mill. DM, was einer Zunahme von 200% entspricht. Der Wert der Grundstücke, Geräte und Einrichtungsgegenstände für die Verwaltung stieg um 3,4 Mill. DM (42%).

Die Summe der Passiva (ohne Reinvermögen) belief sich 1961 auf 25 Mill. DM und 1965 auf 44 Mill. DM; das entsprach einer Zunahme von 72%. Während sich die Passiva bei den Ortskrankenkassen um 77% vermehrten, stiegen sie bei den Innungskrankenkassen um 72% und bei den Land- und Betriebskrankenkassen um je 42%. Die langfristigen Verpflichtungen machten

Vermögen je Mitglied

	31. Dezember 1961			31. Dezember 1965		
	Aktiva	Passiva ¹	Zu- oder Abnahme des Vermögens	Aktiva	Passiva ¹	Zu- oder Abnahme des Vermögens
	DM je Mitglied					
Ortskrankenkassen	87,04	34,78	+ 4,62	167,71	61,54	- 6,51
Landkrankenkassen	81,11	31,23	+ 13,84	145,46	51,37	+ 24,82
Betriebskrankenkassen	132,08	40,04	+ 7,19	179,36	60,57	+ 6,72
Innungskrankenkassen	92,18	28,03	+ 7,13	143,17	39,02	+ 0,98
Alle Kassen	88,36	34,32	+ 5,63	164,92	59,36	- 3,29

¹) ohne Reinvermögen

noch nicht 1% aus. 1965 kamen 86% aller Passiva auf die Ortskrankenkassen (1961 = 84%). Die kurzfristigen Verpflichtungen haben um 16 Mill. DM (76%) und die Rückstellungen für Zusatzsterbegeld der Rentner um 2 Mill. DM (60%) zugenommen. Die Pensionsrückstellungen für spätere Zahlungen an Krankenkassenbedienstete sind zurückgegangen.

Während sich die Bilanzsumme von 65 Mill. DM im Jahre 1961 auf 122 Mill. DM im Jahre 1965 ausweitete, erlitt die Liquidität, soweit sie sich aus dem Verhältnis von sofort verfügbaren Zahlungsmitteln und kurz- und mittelfristigen Geldanlagen einerseits und von kurz- und mittelfristigen Krediten bzw. Verpflichtungen andererseits ergibt, in derselben Zeit eine weitere Einbuße von 11 Mill. DM. Ende 1961 standen den kurz- und mittelfristigen Krediten und Verpflichtungen von insgesamt 21 Mill. DM nur 15 Mill. DM an kurz- und mittelfristig angelegten Betriebsmitteln gegenüber, 1965 waren es dagegen 37 Mill. DM zu 20 Mill. DM. Die Liquiditätsverschlechterung betraf alle Kassenarten.

Der Überschuß der Aktiva über die Passiva, d. h. das Reinvermögen oder Eigenkapital, hat sich bei allen Kassen zusammen effektiv um 38 Mill. DM und relativ um 95% vergrößert und betrug 1965 78 Mill. DM oder fast zwei Drittel des Rohvermögens (1961 = 61%). Bei den Betriebskrankenkassen ist die Deckung der Passiva durch Eigenmittel von 70% im Jahre 1961 auf 66% im Jahre 1965 zurückgegangen. Beiden

Innungskrankenkassen war der Grad der Vermögensdeckung mit 73% Eigenkapital um 9 Punkte größer als bei allen Kassenarten zusammen.

1965 schlossen alle 56 landesunmittelbaren Krankenkassen mit einer positiven Vermögensbilanz ab; bei ihnen waren die Eigenmittel insgesamt um 34 Mill. DM höher als die Fremdmittel.

Rücklageguthaben

	Rücklage 1961		Rücklage 1965	
	Soll	Ist	Soll	Ist
	1 000 DM			
Ortskrankenkassen	26 820	9 925	41 356	31 503
Landkrankenkassen	2 459	1 003	3 191	2 560
Betriebskrankenkassen	1 386	891	1 896	1 713
Innungskrankenkassen	1 192	850	2 546	2 261
Alle Kassen	31 857	12 669	48 989	38 036

1961 hat das Rücklage-Ist bei allen Kassen zusammen nur 40% des Rücklage-Solls erreicht, 1965 dagegen 78%. Damit ist das Rücklageguthaben bei dem Träger der Gemeinschaftsaufgaben zwar nicht auf den gesetzlich vorgeschriebenen Umfang gebracht, immerhin jedoch aufgefüllt worden.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Soziale Krankenversicherung 1960 und 1961" und "Die landesunmittelbaren Krankenkassen 1961 bis 1965 (Mitglieder- und Personalbestand sowie Leistungsfälle)" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 354 (November) bzw. 1967, S. 17 (Januar)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Industrie und Handwerk	
Umsatzstruktur Handwerk	2/27
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)	2/39
Verkehr	
Grenzverkehr 1956 — 1965	2/45
Geld und Kredit, Versicherungen	
Realkreditinstitute	1/15
Öffentliche Sozialleistungen	
Krankenversicherung	1/17
Rentenversicherung	1/23
Öffentliche Finanzen	
Verschuldung der Gemeinden	1/4
Versorgung und Verbrauch	
Verbrauch in Bauernhaushalten	1/10

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 19. Jahrgang . Heft 3 . März 1967

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 423	2 437	2 439	2 441	2 470	2 472
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 785	1 384	1 664	1 097	1 476	1 258
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,8	6,9	8,0	5,3	7,0	6,2
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 726	3 385	3 656	3 673	3 763	3 467
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,5	16,9	17,7	17,7	18,0	17,1
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 495	2 610	2 786	2 685	2 293	2 574
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,4	13,0	13,5	13,0	10,9	12,7
*	darunter im ersten Lebensjahr	93	75	74	83	73	80	78
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,2	21,9	22,7	19,9	21,3	22,5
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 231	775	870	r 988	1 470	893
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,1	3,9	4,2	4,8	7,0	4,4
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 694	7 061	7 192	7 023	9 112	7 223
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 151	6 367	6 102	5 836	8 197	6 807
* Wanderungsgewinn		260	1 543	694	1 090	1 187	915	416
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 641	10 122	9 706	8 743	12 014
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 487	23 550	23 000	21 602	29 323
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	164	168	158	146	197
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	8	8	10	14	7	11	18	30
darunter * Männer	1 000	31	6	5	7	10	4	7	13	24
Offene Stellen	1 000	5	19	17	15	17	15	11	8	9
darunter für Männer	1 000	3	10	9	8	8	8	5	3	3
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 379 ^a	.	1 379	.	.	.	1 393	.
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	505 ^a	.	505	.	.	.	511	.
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 701 ^a	.	1 701	.	.	.	1 689	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	.	169	.	.	.	169	.
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	103 ^a	.	103	.	.	.	107	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	21	31	19	20	48	45	30	24
* Kälber	1 000 St.	5	3	3	4	4	3	3	4	5
* Schweine	1 000 St.	81 ^b	156 ^c	166	174	160	162	167	178	172
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	22	24	26	6	19	23	24
* Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	17,7	19,9	17,3	16,9	25,0	23,6	20,3	19,1
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,8	7,0	4,3	4,6	11,2	10,3	6,7	5,4
* Schweine	1 000 t	5,9	12,6	12,7	12,7	11,9	13,5	13,1	13,3	13,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	238	250	242	242	243	243	233	236
Kälber	kg	49	61	58	57	54	51	54	58	60
Schweine	kg	89	87	88	85	89	87	89	86	90
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	169	126	150	171	113	129	156	172
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	88	88	89	88	88	88	89
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,6	8,7	10,1	10,9	7,2	8,5	9,9	10,9

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette; jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1964/65 = 21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	179	178	177	179	177	175	...
darunter *Arbeiter 8)	1 000	136	140	141	139	139	139	138	136	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	23 185	23 767	23 852	22 358	23 642	23 335	22 541	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	93,8	105,3	107,6	94,4	105,2	110,3	108,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	37,5	41,2	44,4	39,2	41,5	44,8	49,0	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	55	59	53	51	56	54	50	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	8 869	6 842	7 929	8 519	10 085	9 167	9 552	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	77	87	84	91	77	84	81	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	118	127	125	121	135	133	125	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	36	42	38	37	44	45	42	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	746	811	828	711	838	846	914	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	92	104	109	104	108	140	136	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1958=100	100	137	146	136	125	150	148	142	...
darunter Erzeugnisse des/der Industrie der Steine und Erden		100	154	128	110	62	191	171	130	...
Hochofen- und Stahlwerke		100	91	84	81	85	92	95	91	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		100	146	145	125	158	131	120	102	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		100	222	231	212	195	198	209	187	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		100	109	103	77	84	102	99	80	...
papierzeugenden Industrie		100	131	131	110	130	147	144	120	...
Schiffbaues		100	70	76	74	80	80	83	92	...
Maschinenbaues		100	138	148	148	135	151	142	165	...
elektrotechnischen Industrie		100	133	163	170	133	148	152	152	...
feinmechanischen und optischen Industrie		100	182	230	224	98	193	220	235	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		100	177	195	158	165	217	219	176	...
ledererzeugenden Industrie		100	54	55	55	50	24	21	21	...
Schuhindustrie		100	107	113	81	104	95	83	73	...
Textilindustrie		100	98	115	89	98	97	85	71	...
Bekleidungsindustrie		100	120	122	87	125	133	123	92	...
Fleischwarenindustrie		100	186	213	205	188	207	227	207	...
fischverarbeitenden Industrie		100	130	154	147	135	160	160	150	...
Meiereien und milchverarbeitenden Industrie		100	131	101	119	131	74	100	124	...
Bauhauptgewerbe		100	133	114	98	67	153	144	114	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	.	103
*Umsatz	Vj. -D 1955=100	-	235	.	283
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1955=100	-	223	.	272
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	141	146	157	165	157	192	188	...
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	143	279	320	336	332	316	338	356	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	20	26	28	30	20	28	31	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	67 971	67 720	66 712	64 622	65 788	63 960	62 022	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 534	7 994	7 498	4 714	10 614	9 824	7 677	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 960	3 317	3 176	1 987	4 477	4 113	3 327	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 978	3 316	3 035	1 884	4 473	4 103	3 082	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	50,0	43,0	45,3	25,1	58,1	54,2	46,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,1	4,5	6,1	4,2	4,5	4,9	6,4	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	147,6	167,8	191,2	98,7	183,2	173,9	206,4	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 100	1 100	1 081	724	856	734	849	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	169	161	147	121	199	161	133	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	128,9	114,7	135,7	100,9	124,6	116,2	125,3	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	95,5	88,4	104,3	64,0	78,2	82,6	92,7	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 395	1 254	1 516	971	1 370	1 158	1 267	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	934	864	1 017	607	716	737	860	...
*Wohnungen		2 109	2 535	2 045	2 763	1 672	1 752	2 192	2 592	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 263	1 843	2 565	1 508	1 513	1 979	2 324	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 447	2 120	13 440	914	2 232	2 091	12 812	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 214	9 208	57 945	3 786	8 934	9 010	56 756	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 266	5 205	1 068	2 111	2 860	3 164	3 943	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	694	859	1 080	415	3 391	2 213	2 181	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 951	16 532	18 094	17 175	22 997	25 178	26 701	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	36 510	41 376	38 827	39 193	38 760	40 499	34 457	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	113,3	95,7	154,9	126,5	153,7	157,7	164,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	12,2	19,5	17,3	10,9	13,3	14,0	9,5	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	101,1	76,2	137,6	115,5	140,4	143,7	155,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,9	2,7	3,4	2,5	3,7	3,2	5,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,3	10,4	7,7	14,4	13,3	11,7	11,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	88,9	63,2	126,5	98,6	123,4	128,7	139,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	5,9	6,8	7,0	6,0	7,9	7,3	7,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	82,9	56,3	119,5	92,7	115,5	121,5	131,9	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	25,8	30,6	33,0	24,7	33,8	31,2	35,1	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	9,7	9,2	5,0	10,1	6,9	7,4	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	9,0	8,8	12,4	9,5	11,4	12,4	13,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,9	33,9	50,1	64,3	68,3	46,2	84,2	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,6	10,4	10,8	11,9	10,2	12,3	9,8	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	6,1	5,2	6,6	6,4	5,3	5,2	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,7	2,3	3,7	32,7	32,3	4,2	49,3	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,8	5,8	7,9	5,3	8,1	11,4	6,4	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	160	72	58	63	p 108	p 73	p 57	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	7	6	4	p 13	p 8	p 7	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 073	224	175	189	p 421	p 232	p 177	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	38	12	11	9	p 24	p 14	p 14	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet 14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66.			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	217	209	230	204	258	270	270	...
*Güterversand	1 000 t	195	354	303	327	192	433	382	344	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 806	5 170	4 804	4 106	5 158	4 597
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	13	1	23	3	4	9
*Personenkraftwagen		2 107	4 507	3 994	3 606	3 231	4 087	3 484
*Kombinationskraftwagen		175	475	420	454	331	364	458
*Lastkraftwagen		293	393	368	352	281	333	346
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 044	1 018	1 116	778	1 212	1 281	p 1 247	p 873
*Getötete Personen		40	56	52	82	41	78	85	p 80	p 53
*Verletzte Personen		1 130	1 403	1 337	1 432	1 042	1 570	1 718	p 1 655	p 1 162
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	8 273 ^d	8 208	8 273	8 260	8 932	8 960
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 076 ^d	2 067	2 076	2 038	2 137	2 094
dar. *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 047 ^d	2 037	2 047	2 027	2 125	2 088
*Mittel- u. langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 197 ^d	6 141	6 197	6 223	6 795	6 867
dar. *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 296 ^d	5 253	5 296	5 304	5 820	5 886
*Einlagen von Nichtbanken										
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	5 053 ^d	4 961	5 053	5 093	5 442	5 478
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 875 ^d	1 901	1 875	1 855	1 939	1 963
dar. *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 573 ^d	1 615	1 573	1 586	1 630	1 627
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 178 ^d	3 060	3 178	3 238	3 502	3 515
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 123 ^d	2 045	2 123	2 160	2 308	2 312	2 412	2 444
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	624 ^d	600	624	639	707	713
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	162	143	320	236	163	151
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	125	128	202	176	133	138
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	7	8	9	12	11	14	9
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	-	1	2	-	2	2	4
Wechselproteste										
	Anzahl	636	778	847	857	700	889	878
	Wert	1 000 DM	465	935	938	1 176	1 445	1 173
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	76 420	62 023	146 770	65 910	57 537	61 670	144 870	73 882
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	2 921	7 814	623	722	462	8 838	783	1 132
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	8 835	8 309	8 543	11 181	10 161	9 103	8 869	12 581
*Biersteuer	1 000 DM	420	721	768	704	637	990	785	727	690
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	59 214	40 330	131 909	49 138	41 916	38 777	129 084	55 074
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	154 810	149 794	217 016	171 907	146 771	136 049	194 720	164 689
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	48 411	51 633	53 498	64 238	56 289	53 069	53 298	65 811
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 725	5 792	5 686	5 024	4 681	4 672	4 987	6 319
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 427	1 543	1 434	1 354	1 769	1 600	1 458	1 405
*Zölle	1 000 DM	7 838	7 074	8 625	7 471	7 907	6 109	5 431	5 666	5 545
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	55 308	56 416	64 587	61 974	51 122	46 485	46 782	53 262
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 219	34 659	35 381	35 222	36 608	31 160	31 238	35 676
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	37 858	25 785	84 335	31 416	26 799	24 792	82 529	32 345
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	7	1	4	5	2	1	0	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	5 436	10 797	8 129	2 026	2 771	10 328	6 957	2 116
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	97 072	66 115	216 245	80 553	68 715	63 569	211 613	87 419
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	43 631	52 976	68 300	53 447	66 004	57 832	75 603	63 847
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	41 819	7 131	117 754	23 928	3 218	3 618	107 454	21 789
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	1 011	2 144	755	995	37	614	1 643	474
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 612	3 864	29 436	2 182	545	1 505	26 914	1 309

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965/66			1966/67			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	98 929 ⁺	.	102 784 ^e	.	.	.	103 722 ^e	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 240 ⁺	.	7 447 ^e	.	.	.	7 283 ^e	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 118 ⁺	.	14 449 ^e	.	.	.	15 066 ^e	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	81 ⁺	.	-	.	.	.	-	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	68 004 ⁺	.	73 069 ^e	.	.	.	72 770 ^e	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	7 647 ⁺	.	7 819 ^e	.	.	.	8 604 ^e	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 181 ⁺	.	5 528 ^e	.	.	.	7 241 ^e	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	100,2	101,5	102,0	101,9	100,9	101,9	101,4 ^p	...
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter	1958=100	100	106,7	107,0	107,0	107,6	109,0	109,2	109,0 ^p	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	106,2	107,4	107,7	108,1	106,6	106,9 ^p	107,1 ^p	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	104,0	104,6	104,8	105,3	105,7	105,7	105,6	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	114,1 ^g	116,0	117,0	115,6	109,6	112,3 ^p	112,8 ^p	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	114,6	115,8 ^r	.	.	.	118,6	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 ^f	107,7 ^g	106,7	106,9	107,5	108,9	108,7 ^r	109,1	...
Einzelhandelspreise	1958=100	100	115	116	117	118	119	119	119	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	109,0	110,3	110,9	111,5	112,8	113,5	113,8	114,1
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	109,0	110,2	111,3	111,6	110,6	111,9	112,4	...
Kleidung, Schuhe		.	107,1	108,5	108,7	109,2	111,4	111,6	111,8	...
Wohnungsmieten		.	118,5	120,9	121,0	125,4	132,7	132,9	133,1	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	106,1	107,6	107,7	107,9	108,6	109,1	109,4	...
Übrige Waren und Dienstleistungen f. d. Haushaltsführung		.	106,2	107,2	107,5	107,7	108,7	108,7	108,7	...
Löhne und Gehälter¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	211	.	.	203	228
darunter Facharbeiter	DM	124	224	.	.	215	241
*weiblich	DM	68	125	.	.	129	136
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,58	.	.	4,46	4,94
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,88	.	.	4,71	5,26
*weiblich	DM	1,53	3,00	.	.	3,13	3,28
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,9	.	.	45,5	46,1
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	.	41,1	41,6
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,3	.	.	43,9	44,9
*weiblich	Std.	41,4	37,4	.	.	40,0	40,9
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 020	.	.	1 055	1 131
*weiblich	DM	382	666	.	.	693	728
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 148	.	.	1 165	1 230
*weiblich	DM	403	687	.	.	716	750
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	897	.	.	945	991
*weiblich	DM	331	557	.	.	593	616
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 019	.	.	1 077	1 133
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	934	.	.	979	1 034
*weiblich	DM	347	588	.	.	623	649
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 138	.	.	1 159	1 223
*weiblich	DM	391	687	.	.	716	751

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1. 10. - 31. 12. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1958	2 267	8,8	15,2	11,5	8	3	971	185	367	195	224
1962	2 341	9,7	17,6	11,9	13	9	992	134	389	217	253
1963	2 364	9,4	18,4	12,3	15	10	997	133	392	218	254
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen ²⁾				
	Schüler am 2. 5.			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt ³⁾				Netto- Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
1958	229	43	36	8 464	9,9	3 734	7 571	
1962	224	41	33	12 167	10,3	5 197	9 382	9 452
1963	225	41	32	13 091	7,6	5 538	9 724	10 146
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 100	7,9	5 850	10 100	...
1965	225	41	34	27	44	22	7	15 500	9,5	6 390

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
1958	1 129	426	1 279	3 522	293	1 745	1 699	3 946	1 045	794	516
1962	1 306	478	1 655	4 265	356	2 307	1 902	4 076	1 263	768	448
1963	1 273	472	1 601	4 637	418	2 273	1 903	3 982	1 252	732	536
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch				Index der industr. Produk- tion 8) 1958=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t					
1958	164	136	293	638	197	5 744	782	892	378	593	100	64 755
1962	176	143	290	934	315	7 446	868	745	670	695	124	67 565
1963	174	139	278	966	347	7 966	1 000	659	789	695	129	70 728
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	132	70 651
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	137	70 015

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen 2) 1963 und 1964 vorläufige Ergebnisse 3) 1965 erste vorläufige Ergebnisse 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 7) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 8) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt; einschl. Energie und Bau 9) bis einschl. 1962 Stichtag = 31. 7.; ab 1962 einschl. unbezahlte mithelfende Familienangehörige

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 10. 1966			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1967 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat.	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	96 838	+ 0,0	+ 0,4	55	- 24	31	42	3	61
KIEL	269 036	- 0,0	- 0,2	120	- 243	- 123	108	1.	132
LÜBECK	242 637	+ 0,1	+ 1,0	111	- 184	295	83	3	114
NEUMÜNSTER	74 081	- 0,1	- 0,8	27	- 84	- 57	25	2	28
Eckernförde	71 120	+ 0,2	+ 1,6	28	81	109	16	2	21
Eiderstedt	19 740	- 0,0	+ 0,8	16	- 19	- 3	6	-	8
Eutin	94 097	- 0,1	+ 0,7	14	- 150	- 136	29	1	36
Flensburg-Land	70 777	+ 0,1	+ 1,5	81	13	94	26	1	39
Hzgt. Lauenburg	139 507	+ 0,2	+ 1,0	79	227	306	45	4	66
Husum	65 599	+ 0,0	+ 0,5	62	- 33	29	21	2	30
Norderdithmarschen	59 999	- 0,1	+ 1,5	28	- 113	- 85	20	-	28
Oldenburg (Holstein)	85 374	- 0,1	+ 2,1	50	- 123	- 73	27	2	33
Pinneberg	254 460	+ 0,3	+ 3,6	137	597	734	87	7	106
Plön	116 537	+ 0,1	+ 1,5	83	33	116	30	5	40
Rendsburg	164 451	- 0,0	+ 0,9	119	- 126	- 7	56	1	79
Schleswig	99 732	+ 0,1	+ 0,6	68	23	91	34	5	53
Segeberg	107 904	+ 0,3	+ 2,7	102	258	360	38	7	51
Steinburg	127 114	+ 0,3	+ 1,1	54	376	430	54	3	74
Stormarn	168 171	+ 0,3	+ 4,1	133	424	557	73	3	91
Süderdithmarschen	73 893	+ 0,2	+ 0,4	46	75	121	32	-	45
Südtondern	69 284	- 0,6	+ 3,1	57	- 461	- 404	21	1	27
Schleswig-Holstein	2 470 351	+ 0,1	+ 1,4	1 470	915	2 385	873	53	1 162

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1966		
	Betriebe am 31. 12. 1966	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1966 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im Dezember 1966 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31. 12. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1966					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	65	6 672	70	27,3	40	2 848	18 499	16 040	166
KIEL	173	31 756	120	210,4	745	2 847	52 678	45 666	169
LÜBECK	157	33 761	143	108,1	24 975	8 025	44 953	37 430	155
NEUMÜNSTER	60	10 685	157	26,0	671	1 007	14 493	12 396	167
Eckernförde	37	1 772	26	6,6	22	568	16 386	11 916	168
Eiderstedt	9	454	24	2,4	41	41	4 731	3 449	175
Eutin	49	3 799	46	15,2	339	520	20 767	16 046	171
Flensburg-Land	30	747	11	2,9	175	203	19 292	13 699	194
Hzgt. Lauenburg	103	8 728	64	27,8	405	2 004	30 833	23 374	168
Husum	23	1 331	21	7,1	3	135	16 445	11 694	179
Norderdithmarschen	34	1 585	26	4,4	35	299	14 533	10 449	175
Oldenburg (Holstein)	29	1 462	17	9,0	590	848	18 685	13 387	157
Pinneberg	264	23 965	97	140,3	792	8 915	52 876	43 577	173
Plön	54	2 663	24	15,1	214	674	26 890	19 705	170
Rendsburg	103	8 738	56	59,1	1 083	2 443	37 895	28 050	171
Schleswig	42	3 618	39	32,4	2 554	3 314	24 545	17 800	180
Segeberg	91	5 368	51	24,8	154	1 834	29 208	20 914	196
Steinburg	94	10 482	83	44,1	15 504	15 923	27 849	20 698	164
Stormarn	126	11 887	71	106,3	434	2 862	37 555	30 263	182
Süderdithmarschen	35	4 464	61	39,4	1 126	25 469	17 527	12 552	171
Südtondern	13	944	14	5,1	-	207	16 800	12 161	175
Schleswig-Holstein	1 591	174 881	73	913,6	49 902	80 986	543 440	421 266	171

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 10. 1966 2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebetriebserstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagarbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1966			Offene Stellen am 31. 12. 1966 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 25. 9. 1966 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Dezember 1966			Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 9. 1966	Rindvieh am 3. 6. 1966	
		VZ 1939	Vorjahresquartal							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 468	+ 55	+ 1,4	8	17	156	88,5	9,9	1 767	1 507	503
Hamburg	1 851	+ 8	- 0,4	13	27	2	85,0	10,0	29	20	7
Niedersachsen	6 970	+ 54	+ 0,8	23	79	290	83,3	9,0	5 077	2 863	1 039
Bremen	749	+ 33	+ 1,0	3	9	1	69,8	8,9	11	18	5
Nordrhein-Westfalen	16 847	+ 41	+ 0,8	69	404	233	85,2	9,4	3 420	1 984	781
Hessen	5 237	+ 51	+ 1,5	29	150	105	77,7	8,9	1 406	939	392
Rheinland-Pfalz	3 613	+ 22	+ 0,9	10	43	78	71,7	8,5	809	777	303
Baden-Württemberg	8 549	+ 56	+ 1,6	49	348	211	69,6	8,2	1 960	1 869	825
Bayern	10 220	+ 44	+ 1,2	36	197	485	73,4	8,0	3 874	4 329	1 982
Saarland	1 133	+ 25	+ 0,6	1	23	8	76,3	8,7	75	72	31
Berlin (West)	2 189	- 20	- 0,5	11	18	1	14,3	13,7	.	-	-
Bundesgebiet	59 824	+ 39	+ 1,0	252	1 313	1 569	78,2	8,6	18 428 ^{a)}	14 380 ^{a)}	5 868 ^{a)}

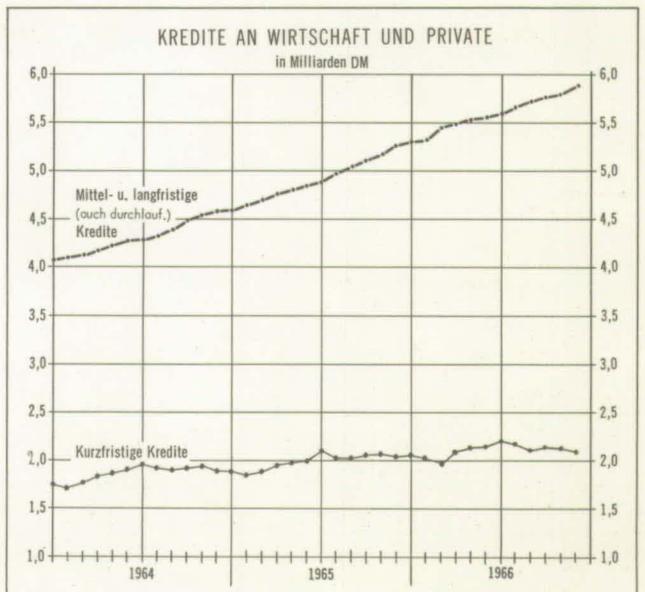
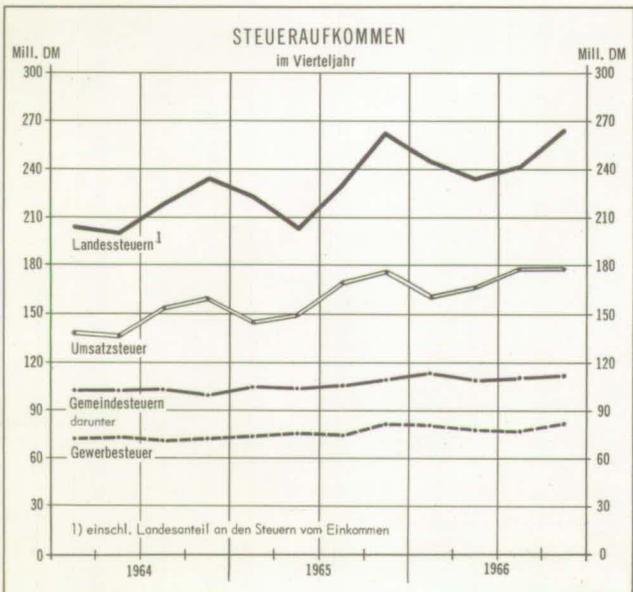
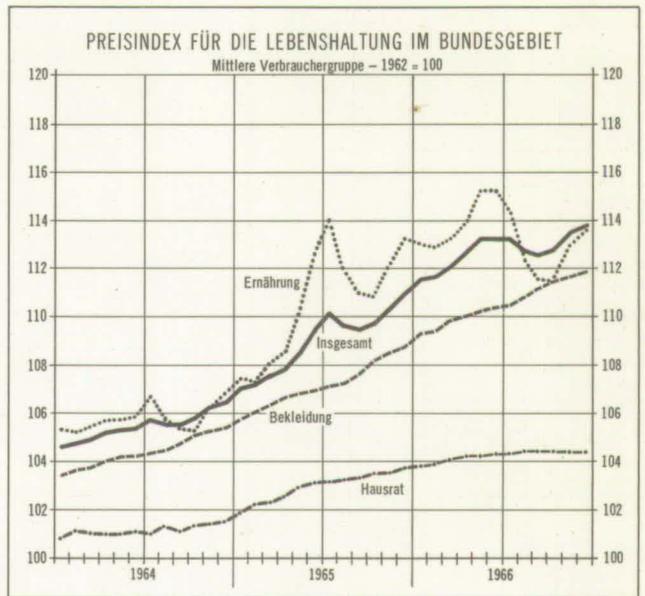
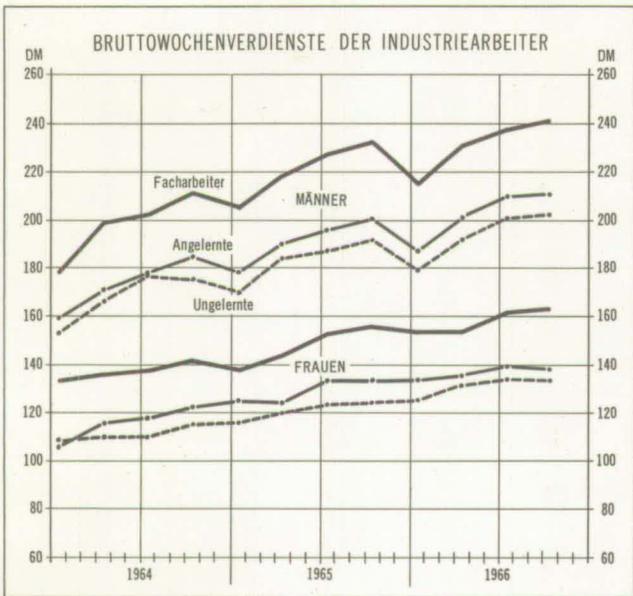
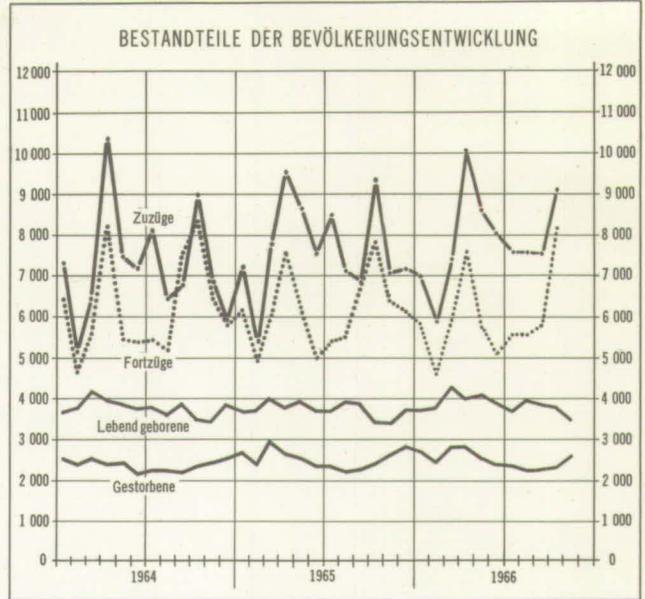
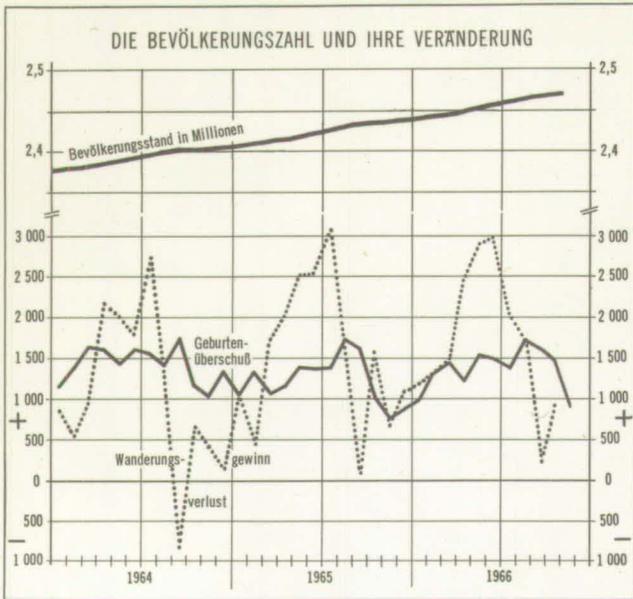
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1966			
	Beschäftigte		Umsatz im Oktober 1966		Produktionsindex 1958=100 2) im Okt. 1966	Beschäftigte am 31. Okt. 1966		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 10. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1966	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	179	73	838	12,9	150	66	27	2 192	8,9	2 091	8,5
Hamburg	214	117	1 447	13,3	.	49	27	2 112	11,4	1 876	10,1
Niedersachsen	753	109	3 309	21,9	.	194	28	4 509	6,5	6 446	9,3
Bremen	98	133	513	18,1	.	23	31	649	8,7	1 181	15,8
Nordrhein-Westfalen	2 731	164	11 380	16,9	151	421	25	11 444	6,8	14 288	8,5
Hessen	708	136	2 781	19,8	180	151	29	3 646	7,0	2 711	5,2
Rheinland-Pfalz	385	107	1 604	16,6	219	95	26	2 140	5,9	2 341	6,5
Baden-Württemberg	1 494	176	5 658	17,6	166	243	28	7 675	9,0	8 262	9,7
Bayern	1 322	130	4 624	13,5	.	305	30	7 041	6,9	12 865	12,6
Saarland	166	148	480	31,0	.	27	24	542	4,8	817	7,2
Berlin (West)	275	127	1 068	11,6	.	47	22	1 547	7,1	1 774	8,1
Bundesgebiet	8 325	140	33 702	17,0	165	1 622	27	43 497	7,3	54 652	9,2

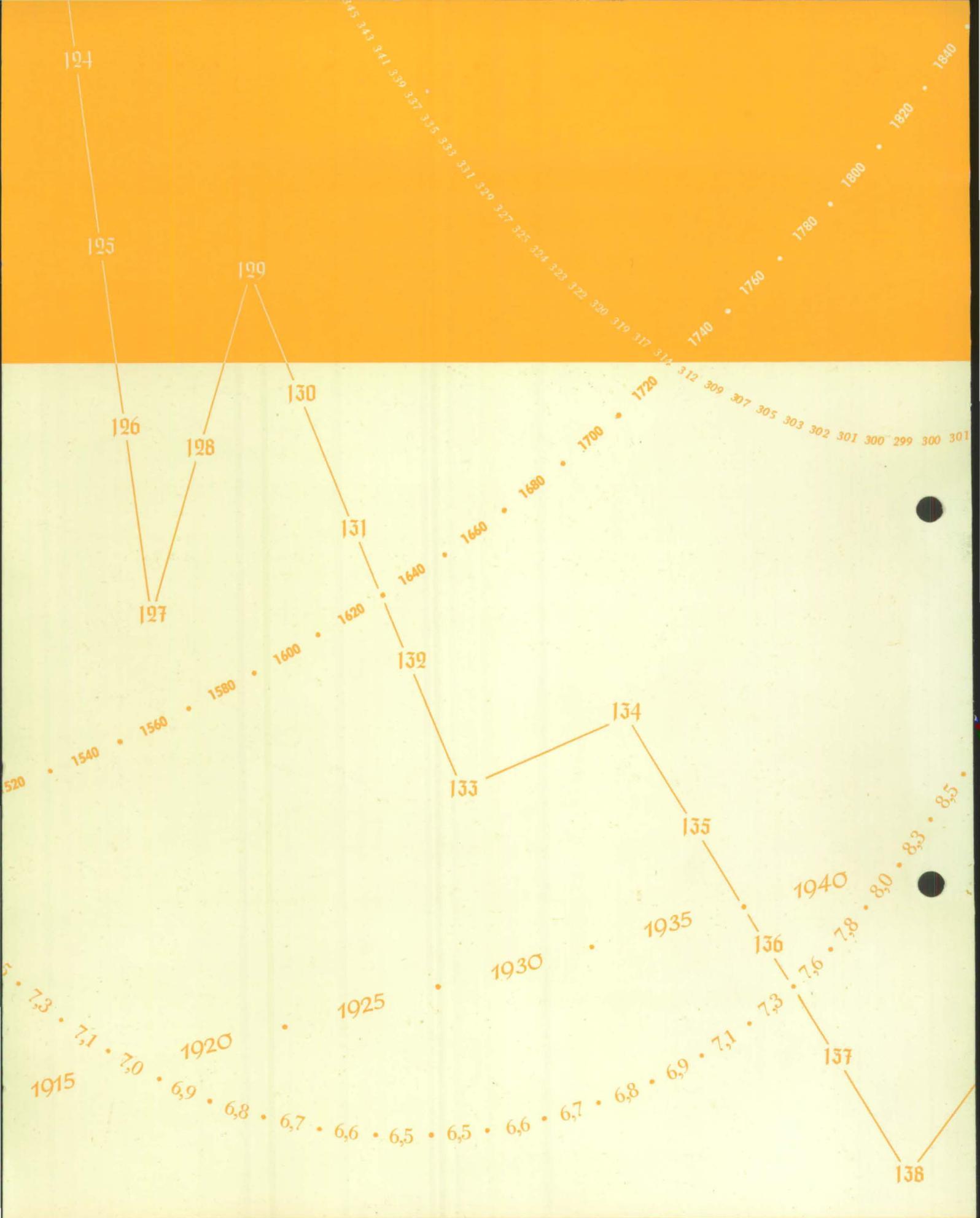
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im November 1966				Bestand an Sparanlagen ⁶⁾ am 30. 11. 1966 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1966					
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁷⁾	Bundes- ⁷⁾	Gemeinde-			
		Anzahl	je 1 000 ⁵⁾ Einw.									steuern in DM je Einw.		
		in 1 000												
Schleswig-Holstein	543	421	171	1 278	85	1 713	141	1 424	99	194	45			
Hamburg	402	354	191	1 149	42	1 477	132	2 649	281	1 099	77			
Niedersachsen	1 551	1 186	171	3 692	290	4 858	139	1 751	115	197	51			
Bremen	147	126	169	345	10	397	118	2 035	191	538	77			
Nordrhein-Westfalen	3 361	2 799	167	8 212	452	10 781	137	2 056	160	267	63			
Hessen	1 217	965	185	2 479	127	3 393	142	2 054	176	225	74			
Rheinland-Pfalz	807	601	167	1 671	72	2 341	144	1 702	100	182	53			
Baden-Württemberg	2 013	1 551	182	3 598	221	5 084	147	2 042	162	240	66			
Bayern	2 476	1 783	175	4 409	257	6 094	144	1 933	131	199	55			
Saarland	213	171	151	462	22	623	140	1 553	106	156	31			
Berlin (West)	367	323	147	1 009	40	1 198	123	1 439	94	381	67			
Bundesgebiet	13 096	10 280	172	28 304	1 618	37 959	140	1 936	146	263	60			

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 2) ohne Bau, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen 5) vorläufige Zahlen 6) ohne Postsparanlagen 7) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten
 a) ohne Berlin

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen